

114. Sitzung

am Freitag, dem 04. April 2003, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches 8407

Aktuelle Stunde gemäß § 75 GeschO auf Antrag
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

„Realitätssinn und Ausgewogenheit für Bayern: Der neue Bundesverkehrswegeplan“

hierzu:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Dinglreiter,
Dr. Bernhard u. a. u. Frakt. (CSU)

Bundesverkehrswegeplan nachbessern (Drs.
14/12059)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Schläger,
Dr. Kaiser u. Frakt. (SPD)

**Bundesverkehrswegeplan 2003; Realistische
Grundlage für die Zukunft der Mobilität in Bayern**
(Drs. 14/12064)

- Dr. Runge (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 8407, 8423
- Dinglreiter (CSU) 8408, 8424
- Schläger (SPD) 8410
- Staatsminister Dr. Beckstein 8412, 8418
- Lode (CSU) 8415
- Maget (SPD) 8415
- Staatssekretär Spitzner 8417
- Güller (SPD) 8419
- Peterke (CSU) 8420
- Prof. Dr. Gantzer (SPD) 8421
- Pschierer (CSU) 8422
- Hartmann (SPD) 8423

Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag
14/12059 8425

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag
14/12064 8425

Antrag der Abg. Dr. Hahnzog, Volkmann u. a.
(SPD)

Bürokostenentschädigung für Gerichtsvollzieher
(Drs. 14/10812)

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses
(Drs. 14/11375)

Beschluss 8425

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur **Änderung denkmalrechtlicher Vorschriften**
(Drs. 14/12042)

– Erste Lesung –

- Staatsminister Zehetmair 8425
- Odenbach (SPD) 8427
- Dr. Spaenle (CSU) 8427
- Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 8428

Verweisung in den Hochschulausschuss 8429

Antrag der Abg. Odenbach, Irlinger, Dr. Baumann
u. a. (SPD)

Verstärkung der politischen Bildung (Drs.
14/9400)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 14/11943)

- Odenbach (SPD) 8429
- Frau Münzel (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 8430, 8431
- Pfaffmann (SPD) 8431, 8435
- Sibler (CSU) 8432
- Staatssekretär Freller 8433
- Dr. Schuhmann (SPD) 8435

Namentliche Abstimmung 8436

(Bekanntgabe des Ergebnisses siehe 115. Plenarprotokoll)

Absetzung von Tagesordnungspunkten 8436

Antrag der Abg. Mehrlich, Schmitt-Bussinger u. a.
(SPD)

**Umsetzung von Landtagsbeschlüssen im
Abwasserbereich** (Drs. 14/11003)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 14/12006)

Mehrlich (SPD)	8436
Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8437
Hofmann (CSU)	8437
Beschluss	8439
Schluss der Sitzung	8439

(Beginn: 9.03 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 114. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Wir beginnen heute mit

Tagesordnungspunkt 3

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema **Realitätssinn und Ausgewogenheit für Bayern: Der neue Bundesverkehrswegeplan** beantragt.

In die Beratung beziehe ich folgende zum Plenum eingebrachten Dringlichkeitsanträge mit ein:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Dinglreiter, Dr. Bernhard und anderer und Fraktion (CSU)

Bundesverkehrswegeplan nachbessern (Drucksache 14/12059)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Schläger, Dr. Kaiser und Fraktion (SPD)

Bundesverkehrswegeplan 2003; Realistische Grundlage für die Zukunft der Mobilität in Bayern (Drucksache 14/12064)

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält eines ihrer Mitglieder 10 Minuten Redezeit. Dies wird auf die Gesamtredezeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält eine Fraktion auf Antrag eines ihrer Mitglieder zusätzlich fünf Minuten Redezeit. Ich bitte Sie, auf mein Signal zu achten. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Runge. Er bringt einen Zehn-Minuten-Beitrag.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Realitätssinn und Ausgewogenheit – so schön wie Sie, Herr Präsident, kann ich es nicht betonen – sind zwei Attribute, die wir dem Referentenentwurf des neuen Bundesverkehrswegeplanes zuschreiben und die für die künftige Verkehrsplanung auch in Bayern gelten müssen. Neben oder anstelle von Realitätssinn könnte man auch von Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit sprechen. Dieses Mal enthält der Bundesverkehrswegeplan Projekte in einem Volumen, das im Planungszeitraum realistischerweise auch finanziert werden kann. Der Ärger um den letzten Bundesverkehrswegeplan ist ja kein Geheimnis. Wir hatten es damals mit einer Unterfinanzierung in einer Größenordnung von 80 bis 90 Milliarden DM zu tun.

Mit Ausgewogenheit meinen wir, dass erstmals für Schiene und für Straße genauso viele Mittel bereitstehen und dass ebenso viele Mittel für den Neubau wie für die Bestandserhaltung ausgegeben werden sollen; und zur Ausgewogenheit gehört auch, dass die Belange der Ökologie stärker gewichtet werden. Zum einen soll die Umweltverträglichkeitsprüfung vertieft werden, zum anderen wird künftig ein höherer Nutzen-Kosten-Faktor gefordert. Aus diesen Gründen begrüßen wir auch den Referentenentwurf zum neuen Bundesverkehrswegeplan.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings brechen wir keineswegs in Jubel aus. Schließlich enthält der Entwurf zahlreiche Projekte, wie Autobahnausbauten oder Ortsumfahrungen von Bundesstraßen, die wir nicht begrüßen und gegen die wir in der weiteren Diskussion noch kämpfen werden.

Bayern erhält nach dem neuen Bundesverkehrswegeplan einen Anteil von 13,8% an den Fernstraßeninvestitionen des Bundes. Damit werden im Planungszeitraum 2001 bis 2015 etwa fünfseinhalb Milliarden € für den Bundesfernstraßenbau in Bayern für fest disponierte und für neue Vorhaben verfügbar sein. Ungefähr genauso viele Mittel können dann innerhalb des Planungszeitraumes auch für Ersatz- und Unterhaltsinvestitionen ausgegeben werden. Dazu muss man ganz klar sagen, dass sich jetzt die zwei so groß begrüßten Projekte rächen, welche privat vorfinanziert wurden. Jetzt müssen diese Mittel zurückgezahlt werden, und das mindert eben den bayerischen Anteil. Angesichts der engen Finanzierungsgrenzen sind die Neubauwünsche der Bayerischen Staatsregierung für uns nichts anderes als unbezahlbarer Straßenbaufundamentalismus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei den Einzelprojekten ist aus grüner Sicht erfreulich, dass die Fichtelgebirgsautobahn nicht in den vordringlichen Bedarf eingestuft wurde.

(Willi Müller (CSU): Teilweise nicht!)

Für die A 94 zwischen Forstinning und Ampfing muss die Südtrasse über Haag als Alternative geprüft werden.

(Dinglreiter (CSU): Das wurde doch schon längst gemacht!)

– Ja, Sie haben es gemacht. 1991 hat diese Trasse allerdings besser abgeschnitten, und trotzdem haben Sie sie nicht übernommen.

Die Westumfahrung Würzburgs taucht nur mehr mit einem Teilstück in der Bedarfsliste auf. Dort ist sie mit einem großen Umweltrisiko markiert. Das heißt, hier muss massiv nachgebessert werden, sonst kommt diese Strecke nicht. Auf den Bau der B 2 Nürnberg – Schwabach durch das Regnitztal wird ganz verzichtet. Es gibt hier also einige ganz erfreuliche Entwicklungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Donau soll nach umweltschonenden, kostensparenden Gesichtspunkten ausgebaut werden, also ohne Staustufen und massiver Kanalisierung.

Für das Fern- und Nahverkehrsschiennetz wird von den Mitteln am meisten nach Bayern fließen. Ausgebaut werden soll die Bahnstrecke Neu-Ulm – Augsburg. Die Strecke soll gegenüber der Strecke München – Ingolstadt – Nürnberg konkurrenzfähig gehalten werden. Die Franken-Sachsen-Magistrale wird ertüchtigt. Die West-Ost-Strecke Nürnberg – Marktredwitz – Hof – Reichenbach wird elektrifiziert. Das fordern wir in diesem Hause täglich. Ich erwähne noch einige weitere Stichworte wie den Ausbau der Neigezugtechnik im Allgäu, die Alpenquerung und den Zulauf zur Alpenquerung. Diese Projekte sind für uns von großer Dringlichkeit, und wir werden sie auch weiterhin einfordern, Herr Kollege Spitzner. Auch die Strecke München – Mühldorf – Freilassing muss vehement weiterverfolgt werden.

Ein Wermutstropfen – eigentlich ist es schon ein Wermutssee – ist für uns die ICE-Strecke Nürnberg – Erfurt. Diese Strecke ist in unseren Augen ökologisch nicht vertretbar. Sie ist auch nicht wirtschaftlich. Deswegen werden wir weiter dagegen angehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt ist zu sagen, dass der neue Bundesverkehrswegeplan umweltverträglicher ist. Schiene und Straße werden gleich behandelt. Es wird verstärkt nach dem Grundsatz „Ausbau vor Neubau“ in die Substanzerhaltung investiert. Statt leerer Versprechungen gibt es jetzt endlich Haushaltsehrlichkeit.

(Dr. Bernhard (CSU): Das heißt kein Geld!)

– Ja, das haben Sie nie geschafft, Herr Bernhard.

Damit bin ich jetzt bei Ihren Reaktionen und bei Ihrem Dringlichkeitsantrag angelangt. Staatsregierung und CSU pflegen weiterhin den schon erwähnten Straßenbaufundamentalismus. Sie träumen weiterhin von Betonorgien. Auch wenn Sie es hier wieder bestreiten werden: Wir kennen Ihre Meldelisten, wir wissen, was Sie noch einfordern werden. Die Krokodilstränen, die wegen der geringfügig geminderten Quote des Freistaates am Fernstraßenhaushalt vergossen werden, sind höchstens rührend. Innenminister Beckstein – er ist leider nicht da – tönt – –

(Zurufe von der CSU: Doch, da drüben sitzt er!)

– Ich bin immer noch auf der alten Seite, Herr Beckstein.

Präsident Böhm: Man kann sich täuschen.

(Kobler (CSU): Der schläft ja im Reden! – Dr. Bernhard (CSU): Ihm fehlt der Durchblick!)

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Beckstein tönt, der Bund versuche dem Wachstumsmotor in Deutschland den Hahn abzudrehen. Diese Aussage greift hier gar nicht. Der Bund hat mit Sicherheit nicht die

Aufgabe, in das Land, welches wirtschaftlich noch relativ stark ist, besonders viele Mittel für Infrastrukturmaßnahmen zu stecken.

Das gibt nicht einmal der von Ihnen so viel bemühte Wettbewerbsföderalismus her. Sie sagen bei „Galileo“ ja auch nicht: Wir bekommen hier viel zu viel, wenn das Projekt in Ottobrunn angesiedelt wird, wir können ja höchstens so viel bekommen, wie es dem Anteil Bayerns an der Bevölkerung entspricht. Das wäre die gleiche komische Logik.

Ihre Forderung nach Ausrichtung der Quote entsprechend verkehrsrelevanter Strukturdaten ist in unseren Augen weder plausibel noch gerechtfertigt. Motorisierungsgrad und PKW-Dichte sind in Bayern möglicherweise auch deshalb so hoch, weil wir eine relativ gute Straßenverkehrsinfrastruktur haben. Dass wir überproportional viel Personenverkehr auf unseren Straßen haben, liegt nicht allein am Transit. Wir sehen doch immer wieder in Verkehrszählungen, wie viel Ziel- und Quellverkehr häufig anzutreffen ist. Gestern hat Herr Kollege Schnappauf, der heute nicht da ist, in seiner Regierungserklärung treuherzige Beteuerungen abgegeben, wonach der Flächenfraß in Bayern gestoppt und keine weitere Bodenversiegelung vorgenommen werden solle. Heute fordern Sie weitere Milliarden, um den Boden in Bayern weiter zu versiegeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt einen probaten Weg, wie Sie Gelder für Ihrer Meinung nach zu kurz gekommene Regionen oder für notleidende Projekte freischaufeln können: Signalisieren Sie Verzicht auf milliardenschwere Prestigeprojekte. Diese ziehen viel zu viele Mittel ab, sind ökologisch bedenklich und häufig verkehrspolitisch zweifelhaft. Das Milliardengrab München-Ingolstadt-Nürnberg sollte Ihnen Warnung genug sein. Verzichten Sie also beispielsweise auf den A 99-Südring, verzichten Sie auf das Durchpauken der A 94 durch das Isental, stellen Sie die Bahnrennstrecke durch Gottesgarten und Thüringer Wald in Frage. Sie würden damit vielen bayerischen Bürgerinnen und Bürgern und vor allem der bayerischen Umwelt einen großen Gefallen tun. Erster Schritt dazu ist: Ziehen Sie bitte Ihren verunglückten und völlig daneben liegenden Antrag zurück.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Nächster Redner ist Herr Kollege Dinglreiter. Es handelt sich auch um einen Zehn-Minuten-Beitrag.

Dinglreiter (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! SPD und Grüne behaupten in Pressemitteilungen der letzten Tage, Bayern würde mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan hervorragend bedient. Wer diesen Plan objektiv aus bayerischer Sicht betrachtet, wird ihn als Zumutung empfinden. Er ist kein Plan für die Zukunft. Mir stellen sich dabei folgende Fragen: Welches Leitbild hat diese Bundesregierung vor dem Hintergrund der Europäisierung und Globalisierung unserer Wirtschaft und Gesell-

schaft, von der Mobilität für Menschen und Güter in der Zukunft? Orientiert sich dieser Verkehrswegeplan an ideologischem Wunschenken oder an der Realität? Nimmt er Wachstumsprognosen für die nahe Zukunft als eine realistische Größe zur Kenntnis oder will er nur einer Ideologie folgen und alles, was notwendig ist, vom Tisch wischen?

(Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist denn da Ideologie?)

– Ich komme schon noch darauf, wo die Ideologie ist.

Alles mündet in die Frage: Soll der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur der Zukunft den verkehrlichen Notwendigkeiten dienen, sich an ihnen oder an haushaltspolitischen und parteipolitischen Erwägungen orientieren? Ich sage auch hierzu noch, was ich meine. Ich könnte die Aufzählung fortsetzen, will es aber dabei belassen.

Mobilität muss in angemessener Weise ökonomischen, soziologischen und kulturellen Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft gerecht werden. Das war schon bisher zugegebenermaßen ein Problem, denn der Verkehr hat in den vergangenen fünf Jahrzehnten auf unseren Straßen um 950% zugenommen, die überregionale Straßeninfrastruktur dagegen nur um gut 50%. Hier muss man auch sagen, Herr Dr. Runge: 90% des Personenverkehrs werden auf der Straße abgewickelt. Drei Viertel des überregionalen Güterverkehrs werden auf der Straße abgewickelt. Das ist die Realität, der wir uns stellen müssen. Die Bahn war in der Vergangenheit nicht bereit, sich auf veränderte Verhältnisse einzustellen. Die Fortschritte, die wir beim Güterverkehr erreicht haben, sind auf privater Ebene erreicht worden, nicht so sehr auf Zutun und von Interesse der Bahn.

Durch internationale Arbeitsteilung wird sich in Zukunft der Güterverkehr verstärken, und wir werden mehr Probleme haben, damit zurechtzukommen. Immer mehr Staus mit unzumutbaren volkswirtschaftlichen Kosten, die an die Hunderte Millionen Euro gehen, und hohe Umweltbelastungen werden die Folge sein. Dies bewirkt einen zusätzlichen Verbrauch von rund 14 Milliarden Litern Treibstoff pro Jahr, die allein durch Staus verursacht werden. Das kann so nicht weitergehen. Das wäre aber die Folge, wenn man dem Bundesverkehrswegeplan folgt. Die Bundesregierung schreibt den bestehenden Zustand in weiten Bereichen fest. Insbesondere Bayern wird erheblich benachteiligt. Die Quote von 13,7% für unser Land ist eine Zumutung, die wir so nicht hinnehmen werden.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Entwicklung wesentlicher Strukturdaten wie Bevölkerungsanteil, Bruttoinlandsprodukt, Wirtschaftskraft, Produktivität, Motorisierungsgrad, PKW-Dichte, Verkehrsleistung usw. weicht Bayern ganz erheblich von anderen Bundesländern ab.

Ich will versuchen, das deutlich zu machen, weil Bayern heute schon in der Bundesrepublik Deutschland das Transitland ist, dessen Verkehrsströme durch internationale Verkehre ganz erheblich beeinträchtigt werden. Im

Nord-Süd- und Ost-West-Verkehr erleben wir das tagtäglich. Das bayerische Fernstraßennetz ist daher erheblich stärker mit großräumigen europäischen Verkehrsströmen belastet als das Fernstraßennetz anderer Bundesländer. Durch die Osterweiterung wird dieses Problem noch weiter zunehmen. Die Prognosen sagen, dass wir unter bestimmten Annahmen mit einer Zunahme des Verkehrs um bis zu 200% rechnen müssen. Die derzeitige Quote von 14,1% für den Fernstraßenbau im Bundeshaushalt wird daher unter Bezugnahme auf die anderen Bundesländer der oben beschriebenen Situation nicht gerecht, die neue, auf exakt 13,66% reduzierte Quote noch weniger. Wir sind der Auffassung, die Länderquote Bayerns darf aufgrund der verkehrsrelevanten Strukturdaten nicht unter 17% liegen.

Dazu einige Anmerkungen: Bei der Fläche hat Bayern mit 70548 km² einen Anteil von 19,8% am Bundesgebiet. Bei der Bevölkerung hat Bayern zwar nur einen Anteil von 14,9%, also knapp 15% an der gesamten Einwohnerzahl Deutschlands, aber die Wachstumsraten werden für Bayern wesentlich höher prognostiziert als für das übrige Bundesgebiet, so dass in Bayern mit einem deutlichen Anstieg zu rechnen ist. Das Bruttoinlandsprodukt in Bayern liegt bei einem Anteil von 17,3% am gesamten Bruttoinlandsprodukt Deutschlands. Am Bundesfernstraßennetz hat Bayern mit 53000 km einen Anteil von 17,1%, und am Kfz-Bestand haben wir einen Anteil von 16,6%, und zwar auch mit wachsender Tendenz.

Jetzt komme ich zu den Punkten, die gerade Herr Dr. Runge angesprochen hat: Auf bayerischen Straßen wurde eine Personenverkehrsleistung von 16,2% abgewickelt, die sich aufgrund der Zuwächse in den nächsten Jahren auf 17,1% erhöhen wird.

Sie erhöht sich in Bayern, was den bayerischen Ziel- und Quellverkehr betrifft, Herr Dr. Runge, bis 2015 aber nur auf 15,8%. Das heißt, der überregionale Verkehr, der Transitverkehr, belastet bayerische Straßen auch im Personenverkehr deutlich stärker.

Noch krasser sieht das beim Güterverkehr aus. Bayern hat heute einen Anteil an den Gesamttonnenkilometern Deutschlands von 20,6%. Nach der Prognose wird er bis 2015 auf knapp 23% anwachsen. Aber auch hier ist es so, dass der bayerische Güterverkehr, bayerischer Ziel- und Quellverkehr, 2015 nur bei 15,8% liegen wird. Das heißt, der Transitverkehr belastet massiv unsere Straßen. Vor diesem Hintergrund ist eine Quote von 13,66% eine Abstrafung. Das ist nicht gerecht; deswegen werden wir das auch nicht hinnehmen.

Nun kann man fragen: Wie soll eine höhere Quote finanziert werden? Ich weiß, das ist angesichts der Haushaltslage schwierig, obwohl der Straßenverkehr mittlerweile bereits über 50 Milliarden € zum Bundeshaushalt beiträgt. Als Verkehrspolitiker wünscht man sich die 50-prozentige Zweckbindung, die es bis 1971 gab und die damals von der sozialliberalen Koalition abgeschafft wurde, wieder zurück.

(Zuruf des Abgeordneten Güller (SPD))

In Zukunft gibt es dennoch finanziellen Spielraum. Nach langer und zögerlicher Vorbereitung führt die Bundesregierung ab 31. August endlich die streckenbezogene Maut für schwere Lastkraftwagen ein. Das bringt pro Jahr zusätzlich 3,4 Milliarden € in die Kasse. Mit diesem Geld kann man etwas tun. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung gehen davon aber künftig nur 634 Millionen € oder 18,6% gesichert in den Straßenverkehr. Dazu kommen noch 380 Millionen € pro Jahr für das bereits beschlossene Anti-Stau-Programm. Rechnet man das noch hinzu, dann werden knapp 30% der zusätzlichen Einnahmen aus dem Straßenverkehr wieder in die Straßeninfrastruktur investiert. Ich frage: Wo bleibt das übrige Geld? – 621 Millionen € werden als Ausgaben für die Systemkosten veranschlagt. Das ist viel zu teuer – das sagen alle. Mit 798, also knapp 800 Millionen € bedient sich der Bundesfinanzminister. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der CSU)

Zu den 50 Milliarden €, die er jetzt schon einnimmt, kommen noch diese 800 Millionen € hinzu. 659 Millionen Euro hält er für so genannte weitere Infrastrukturmaßnahmen zurück. Welche sind das? – Das hätten wir gerne gewusst, bevor das Ganze in Kraft gesetzt wird. In Wirklichkeit ist es wohl eine weitere Reserve zum Stopfen von Haushaltslöchern.

(Frau Radermacher (SPD): Die Sie hinterlassen haben!)

So geht es nicht. Ich sage klar und deutlich: Die Bundesrat wird dabei nicht mitmachen. Andere Länder bauen mit ihren Mauteinnahmen moderne Verkehrsinfrastruktur und schaffen sich damit Wettbewerbsvorteile gegenüber Deutschland.

(Frau Radermacher (SPD): Zum Beispiel?)

Schauen Sie nach Österreich, nach Frankreich oder Italien. Sie werden es sehen. Bei uns dagegen werden über die Tankrechnungen für Personenkraftwagen und Lastkraftwagen schon heute Rentenbeiträge finanziert. Soll die Maut morgen auch noch die Krankenversicherung sanieren? – So kann es nicht gehen. Wir wollen, dass dieses Geld wieder zweckgebunden an den Straßenverkehr zurückfließt.

Die geografische Lage Bayerns in der Mitte Europas, als Brücke zu Osteuropa, kann unter diesen Voraussetzungen nicht in angemessenem Umfang als Chance genutzt werden. Aus diesem Grund halten wir Veränderungen für dringend notwendig, um die Verkehrsinfrastruktur als wertvolles Anlagevermögen zu erhalten und darüber hinaus mit dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur notwendige Voraussetzungen zur Teilhabe unseres Landes an einer gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung zu schaffen. Der Verkehrswegeplan in der jetzigen Form ist eine Zumutung; wir können ihn so nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Nächster Redner ist Herr Kollege Schläger. Herr Schläger bringt auch einen Zehn-Minuten-Beitrag.

Schläger (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mobilität ist die Grundlage für Wachstum und Beschäftigung. Mobil sein bedeutet für die meisten Menschen Freiheit und Lebensqualität. Die dauerhafte Sicherung von Mobilität ist das oberste verkehrspolitische Ziel der Bundesregierung mit diesem Verkehrswegeplan. Politik für eine leistungsfähige Infrastruktur –, das ist aktive Wirtschaftspolitik. Sie stärkt den Wirtschaftsstandort Bayern und sichert die Zukunft unseres Landes.

Schwerpunkte im neuen Bundesverkehrswegeplan sind die Beseitigung von Verkehrsengpässen sowie die Verkehrsentlastung und die Steigerung der Lebensqualität in Städten und Gemeinden durch den verstärkten Ausbau von Ortsumgehungen. Gleichzeitig sollen die Investitionen in das Bestandsnetz erhöht und moderne Verkehrstechnologien gefördert werden. Bis zum Jahr 2015 ist ein Finanzrahmen für die Bereiche Schiene, Bundesfernstraße und Wasserstraße von zirka 150 Milliarden € vorgesehen. Damit ist der Bundesverkehrswegeplan erstmalig solide finanziert.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern: Der Bundesverkehrswegeplan 1992, der eine lange Liste umfasste – das war wie ein Wunschzettel an das Christkind – war total unterfinanziert. So kann man es natürlich auch machen: Man kann etwas in die erste Dringlichkeitsstufe geben trotz der Gewissheit, dass die Maßnahme in 15 Jahren nicht realisiert wird. So haben Sie es in Ihrer Regierungszeit gemacht. Wir machen das solide und ehrlich.

(Beifall bei der SPD)

Wegen der CSU-Politik haben wir die Unterfinanzierung von 45 Milliarden € bis heute.

Zahlreiche Untersuchungen und die Realität auf Schienen und Straßen zeigen, dass in der Vergangenheit der Schwerpunkt auf Neubauten lag, während das Bestandsnetz sträflich vernachlässigt wurde, besonders in der Regierungszeit Kohls. Wir haben die Parallele in Bayern. Laut ORH-Bericht wurde das Netz der Staatsstraßen sträflich vernachlässigt. Um das künftig zu vermeiden, sieht der neue Bundesverkehrswegeplan insgesamt 82,8 Milliarden € für die Erhaltung der vorhandenen Schienen und Straßen vor. Damit steigt der Anteil für Erhaltung am Investitionsvolumen von früher, zu Ihrer Zeit, 46% jetzt auf 56%. Der neue Bundesverkehrswegeplan sieht jährlich Investitionen von 10 Milliarden € vor. Damit werden Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gesichert.

Bei der Einschätzung der Marktpotenziale geht der Plan davon aus, dass bis 2015 der Personenverkehr bei den Eisenbahnen um 32% zunimmt, im Individualverkehr um 16%, im Luftverkehr um 103% und beim öffentlichen

Straßenverkehr um 4%. Beim Güterverkehr sieht es folgendermaßen aus: Man geht davon aus, dass er sich bei der Eisenbahn um 100% steigert, beim Straßengüterfernverkehr um 58% und bei der Binnenschifffahrt um 39%.

Um dem gerecht zu werden, braucht man ohne Zweifel viel Geld. Wenn wir jetzt uns die Kritik der CSU anhören, dann muss man sachlich feststellen: Im Wahljahr 1998 wurden unter der Kohl-Regierung 9,5 Milliarden € eingesetzt. Im letzten Jahr waren es bereits 2 Milliarden € mehr, nämlich 11,5 Milliarden €. Das Geschrei der CSU ist also nicht gerechtfertigt.

Wenn Sie so laut schreien, dann müssen Sie sich die Feststellung gefallen lassen: Sie haben von 1992 bis 1996 die Mittel für den bayerischen Staatsstraßenbau halbiert. Wenn man das auf Bundesebene machen würde – hier streiten wir uns um 0,3% –, dann sähe es ganz anders aus. Wegen der katastrophalen Folgen wurde Herr Beckstein der Herr der 100 000 Schlaglöcher genannt. In der Zwischenzeit kann man diese Zahl noch höher ansetzen.

Interessant ist für mich auch: Nach der Regierungsübernahme durch Sozialdemokraten und GRÜNE in Berlin haben Sie hier im Landtag eine riesige Liste aufgestellt, welche Verkehrsmaßnahmen dringend notwendig wären und was der Bund zu zahlen hätte.

Meine Damen und Herren, wer nach 16 Jahren Regierungszeit eine solche Bedarfsliste vorlegt, dokumentiert damit doch sein eigenes Versagen.

(Beifall bei der SPD)

Was bringt uns jetzt dieser neue Bundesverkehrswegeplan? – Bayern steht hinsichtlich der Schiene vor allen anderen Bundesländern auf Platz 1. Zu der beim Straßenbau nun vorhandenen leichten Reduktion um 0,3% muss man feststellen, dass es sich in absoluten Zahlen trotzdem um eine Erhöhung handelt, weil die Mittel insgesamt angestiegen sind. In Bayern werden 210 Kilometer neue Autobahnen gebaut. Hinzu kommt die Erweiterung vorhandener Autobahnen auf einer Länge von 430 Kilometern. Außerdem wird der Bau von 90 dringenden Ortsumgehungen ermöglicht. Mit anderen Worten: Der Freistaat Bayern wird – das stellen wir heute fest, auch wenn es Ihnen nicht gefällt – in diesem neuen Bundesverkehrswegeplan hervorragend bedient.

Meine Damen und Herren von der CSU, Sie sind immer so für das Subsidiaritätsprinzip. Wo bleibt es aber hier? Warum machen Sie keine Vorschläge? Warum setzen Sie gegenüber Berlin keine Prioritäten? – Normalerweise kennt man sich doch in München mit seinen Straßen besser aus als die Berliner. Das überlassen Sie aber den Berlinern und schreien dann. Deshalb fordere ich die Staatsregierung auf, im Rahmen der Diskussion Prioritäten zu setzen und zu sagen, in welcher Reihenfolge was gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Nun ein Wort zur Osterweiterung. Tatsache ist, dass der Verkehr durch die EU-Osterweiterung exorbitant ansteigen wird, was uns in Bayern belasten wird. Das ist ganz klar. Deswegen ist es auch richtig, dass wir gemeinsam die Forderung aufstellen, Projekte der EU-Osterweiterung verstärkt zu bedienen. Ich sage Ihnen: Wir fordern, dass die Projekte zwischen Passau und Hof hin zur tschechischen Republik in die erste Dringlichkeitsstufe kommen, sofern sie es noch nicht sind.

(Zuruf von der CSU: Das haben wir schon ewig lang gefordert!)

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur Finanzierung. Alle In- und Ausländer bezahlen künftig für jeden Kilometer, den sie mit dem Lkw auf dem deutschen Autobahnnetz fahren. Damit wird auch für eine angemessene Beteiligung ausländischer Lkws an der Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur gesorgt. Ich meine, 15 Cent pro Kilometer sind vernünftig. Wir haben auch privatwirtschaftliche Betreibermodelle vorgesehen, die eine gute Alternative sind, um schneller zum Ausbau verschiedener Projekte zu kommen.

Erfreulich ist – ich sage es noch einmal –, dass die Schieneninvestitionen, zugegeben unter Einbeziehung der Finanzhilfen nach dem GVFG und der Regionalisierungsmittel des Bundes, das Niveau der Straßeninvestitionen erreichen. Das ambitionierte Ziel einer Verkehrsverlagerung zugunsten der Schiene fordert eben Investitionen in die Schieneninfrastruktur in dieser Größenordnung. An dieser Stelle möchte ich aber auch einmal ganz kritisch in Richtung DB AG sagen, dass sie das Schienenpotenzial, das der Bund baut und bietet, dann auch optimal nutzen muss. Dies dürfen keine Fehlinvestitionen sein. Ich erinnere an das, was wir in jüngster Zeit beklagen, nämlich die Vorgänge bei DB Cargo oder die neuen Tarife. Man könnte die Liste noch weiter führen. Das muss beachtet werden; sonst wären die Gelder woanders besser angelegt.

Lassen Sie mich das Resümee aus dem vorhandenen Entwurf des Bundesverkehrswegeplans folgendermaßen ziehen: Mit einigen Verbesserungen, an denen wir gemeinsam arbeiten sollten, stellt er eine gute Grundlage für einen weiteren Aufbau Ost, aber vor allem eben, was für uns in Bayern wichtig ist, für einen guten Ausbau West dar.

Abschließend noch einen Satz zu den Anträgen. Der CSU-Antrag wäre in einigen Spiegelstrichen durchaus zustimmungsfähig. Er ist aber ein solches Riesenkonglomerat,

(Lachen von der CSU)

dass man ihn ablehnen muss. In einzelnen Punkten könnten wir ihm aber zustimmen. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Als nächster Redner hat Herr Staatsminister Dr. Beckstein das Wort.

Staatsminister Dr. Beckstein (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 20. März dieses Jahres hat der Bund den Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans und damit auch den Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen an die Länder übersandt. Ich stelle zunächst fest, dass dieser bereits vorher über die Parteischiene der SPD mitgeteilt und von ihr veröffentlicht worden war. Wären wir so verfahren, hätte es in der Öffentlichkeit einen Aufschrei gegeben.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer (SPD))

– Ich verspreche Ihnen, Herr Kollege Gantzer, dass wir von der Staatsregierung uns in der Zukunft auch sehr viel freier verhalten werden und vorab Informationen an die eigenen Reihen geben werden.

(Beifall bei der CSU)

Eines will ich klar sagen: Es ist scheinheilig, dass man bei uns Krokodilstränen vergießt, wenn wir einem Kollegen auf dessen Anfrage etwas mitteilen, während in Berlin die Auftragsverwaltung in systematischer Weise ausgeschaltet wird. Daraus entstehen schwerste Fehler; ich werde auf einige eingehen. Ich nenne beispielsweise die A 3 – Frau Kollegin Schmitt-Bussinger wird das einräumen –, bei der die Strecke von Würzburg bis Schlüsselfeld in den Ausbau hineingenommen wird, nicht aber die Strecke von Schlüsselfeld bis Tennenlohe. Dies kann nur damit begründet werden, dass keine Fachleute mitgesprochen haben. Dieser formale Fehler setzt sich inhaltlich fest.

Herr Kollege Schläger, wie übrigens schon vorher Herr Kollege Maget, hat festgestellt, dass Bayern bei diesem Entwurf des Bundesverkehrswegeplans hervorragend bedient worden sei. Dazu muss ich sagen: Sagen Sie dies in Zukunft bitte auch öffentlich. Sie werden damit deutlich machen, dass Sie nicht eine SPD sind, die die Bürgerinnen und Bürger Bayerns vertritt, sondern dass Sie die SPD Deutschland, Außenstelle Bayern sind. Sie erhalten die Befehle, und diese werden durch dick und dünn verteidigt.

(Beifall bei der CSU)

Wer behauptet, Bayern wird bei diesem Bundesverkehrswegeplan hervorragend bedient, hat entweder keine Ahnung oder verrät sein Gewissen für Bayern.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Frau Radermacher (SPD): Das glauben Sie doch selber nicht! – Dr. Bernhard (CSU): Die sind wie Papageien!)

– Entschuldigen Sie, wer will, wenn er Ahnung hat, bestreiten, dass die Verkehrspolitik die Infrastruktur betrifft und dass Infrastruktur mit Arbeitsplätzen zu tun hat? – Ein Beispiel, Frau Kollegin Schmitt-Bussinger – sie sitzt mir gegenüber; deshalb darf ich sie ansprechen –, ist die A3 Würzburg – Nürnberg. Früher war das Gebiet entlang dieser Strecke sehr strukturschwach. An den Autobahnausfahrten haben sich überall Gewerbegebiete entwickelt.

(Dr. Kaiser (SPD): Ihr habt doch 16 Jahre Zeit gehabt!)

Früher entstanden daraus Vorteile. Heute kommt es zu Dauerstaus. Deswegen wird von uns mit Massivität der Ausbau der A 3 auf sechs Streifen gefordert.

(Dr. Kaiser (SPD): Hättet ihr es gemacht! Ihr habt 16 Jahre Zeit gehabt!)

– Hören Sie zunächst zu, bevor Sie bläken. Hören Sie jetzt einmal zu. In diesem Bereich der A 3 wird jetzt ausgerechnet der von Nürnberg weiter entfernte Teil in den Ausbauplan genommen, während der näher an Nürnberg liegende, hochbelastete Teil in den weiteren Bedarf nach 2015 aufgenommen wird. Das vertreten Sie in Franken. Herr Maget hat von Franken keine Ahnung; das wissen wir.

(Beifall bei der CSU – Lachen von der SPD)

– Selbstverständlich. Das sage ich ihm ins Gesicht. Herr Maget hat von Franken keine Ahnung. Dass aber diejenigen, die eine Ahnung haben – –

(Zurufe von der SPD)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte um etwas mehr Ruhe, und im Allgemeinen sitzt man im Parlament auch. – Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Zahlreiche Zurufe – Maget (SPD): Sie kommen von der Synode, Herr Beckstein!)

– Herr Minister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Beckstein (Innenministerium): Herr Kollege Maget, Sie fragen zu Recht, worum es geht. Wenn man erst nach 40 Minuten in die Debatte kommt, muss man sich das anhören.

(Maget (SPD): Hören Sie auf, hier unverschämt zu sein!)

Ich werfe Ihnen das nicht vor, weil ich selber weiß, was vielfältige Verpflichtungen sind. Wenn man aber später kommt, sollte man nicht, bevor man sich hinsetzt, Zwischenrufe machen.

(Frau Radermacher (SPD): Sie haben ihn doch beleidigt!)

– Nein, überhaupt nicht.

(Maget (SPD): Sie haben gesagt, ich hätte keine Ahnung von Franken!)

– Richtig. Das haben Sie ja auch nicht.

(Zurufe von der SPD)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Kaiser, nicht durch die Lautstärke, sondern durch die Gewalt der Gedanken und des Wortes sollte man überzeugen. Im Parlament hat jeweils ein Abgeordneter das Wort. Diesem Abgeordneten sollte man nach Möglichkeit zuhören. Zwischenrufe sind erlaubt, aber kein Dauerfeuer.

(Frau Radermacher (SPD): Aber nicht, wenn der Redner andere beleidigt!)

Staatsminister Dr. Beckstein (Innenministerium): Herr Kollege Maget, ich möchte, da Sie jetzt anwesend sind, in aller Deutlichkeit Folgendes sagen: Sie haben in einer Presseerklärung behauptet, Bayern würde im jetzigen Bundesverkehrswegeplan hervorragend bedient. Wir werden das bei allen regionalen Verkehrskonferenzen zitieren. Ich werde hinzufügen: Wer das behauptet, hat keine Ahnung und wird den Belangen Bayerns nicht gerecht.

(Beifall bei der CSU – Abgeordneter Maget (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Präsident Böhm: Wir befinden uns nicht in der Aussprache, sondern in der Aktuellen Stunde. Hier gibt es bekanntlich keine Zwischenfragen.

(Hofmann (CSU): Der will doch nur ins Fernsehen kommen!)

Staatsminister Dr. Beckstein (Innenministerium): Ich möchte das im Einzelnen begründen: Wir hatten im Frühjahr 2000 insgesamt 450 Autobahn- und Bundesstraßenprojekte mit Gesamtkosten von 14 Milliarden € zur Bewertung angemeldet. Damit liegen wir im Rahmen aller großen Flächenländer, zumal niemand zum damaligen Zeitpunkt sagen konnte oder wollte, wie der Gesamtrahmen der Finanzen des Bundesverkehrswegeplans aussieht. Das ist verständlich, da die Frage der Lkw-Maut damals noch nicht beantwortet war. Die Frage, welche Einnahmen aus der Lkw-Maut zu erwarten sind, wird wichtig für die Finanzierung sein.

Der Bund hat 3,2 Milliarden € und 60 Projekte für indisponibel gehalten. Weitere 119 Projekte mit gut 3 Milliarden € liegen im Vordringlichen Bedarf. 201 Projekte mit Kosten von 6 Milliarden € – das ist der stärkste Block – liegen im Weiteren Bedarf. Das bedeutet, sie werden erst nach dem Jahr 2015 verwirklicht. Eine ganze Reihe von Maßnahmen fehlt vollständig. Besonders bedauerlich ist, dass Projekte in Höhe von 2,2 Milliarden € gegenüber dem jetzigen Bedarfsplan zurückgestuft werden.

Ich habe im Vorfeld bei einem Gespräch mit Bundesverkehrsminister Stolpe dargelegt, dass es die Staatsregierung für wichtig hält, den Anteil Bayerns nicht zu reduzieren, sondern entsprechend der Entwicklung zu erhöhen. Ich habe mir von Herrn Stolpe mehr erwartet, da dieses Gespräch in einem ausgezeichneten Klima stattfand und er versprochen hat, sich offen mit unseren Vorstellungen auseinander zu setzen. Wir haben eine umfangreiche

Begründungsmappe übergeben, aus der hervorgeht, warum unser Anteil an den Baumitteln für die Straße zu erhöhen ist. Ich habe folgende Gründe genannt:

Erstens. Die bayerische Bevölkerung ist seit der Aufstellung des letzten Bundesverkehrswegeplans um eine Million Menschen angewachsen. Die Zahl der bei uns angemeldeten Kraftfahrzeuge, Pkws und Lkws, ist daher drastisch gestiegen.

Zweitens. Vom gesamten Güterverkehr in Deutschland werden auf Bayerns Straßen 20% abgewickelt. Beim Personenverkehr schätzt die Bundesregierung, dass wir in der Laufzeit dieses Verkehrswegeplans 17% der Gesamtverkehrsleistung auf unseren Straßen abwickeln werden. Deshalb halten wir es nicht für unangemessen, dass die bayerischen Straßen mit einem Anteil gefördert werden, der ihrem Anteil an der Gesamtverkehrsleistung entspricht.

Völlig unbestreitbar ist, dass durch die Osterweiterung der Europäischen Union der Verkehr in Bayern deutlich zunehmen wird. Liebe Kollegen der SPD, wie wollen Sie begründen, dass wir angesichts dieser überproportionalen Verkehrszunahme einen geringeren Anteil als in den Achtzigerjahren erhalten? – Wer diese Regelung verteidigt, sollte das auch bei den Regionalkonferenzen tun. Wir werden Sie dort vorführen.

(Beifall bei der CSU – Mehrlich (SPD): Das ist doch nur Show! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ihre Aufgabe wäre es, nicht diesen Entwurf zu verteidigen und zu bejubeln, sondern, sich enttäuscht zu zeigen. Nordrhein-Westfalen hat mehr Mittel bekommen als Bayern. Wenn Sie das deutlich ansprächen, würden Sie Ihrer Aufgabe gerecht. Sie sollten nicht die falschen Zielsetzungen verteidigen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe Herrn Stolpe auch gesagt, dass wir eine höhere Planungsreserve brauchen. Sie wissen, dass vielfältige Reduzierungen in der öffentlichen Diskussion sind. Die A 94 ist dafür ein trauriges Beispiel. Ein weiteres Beispiel ist die A 7, nämlich das Teilstück bei Füssen. Durch politische und rechtliche Entwicklungen entstehen hier immer wieder Verzögerungen. Dieses Problem wird sich durch die Systematik des Bundesverkehrswegeplans tendenziell verstärken, weil umweltproblematische Strecken Teil des Bundesverkehrswegeplans sind. Sie sind dort mit dem Vermerk aufgeführt, dass sie einer besonderen umweltfachlichen Planung bedürften. Die Diskussion mit Herrn Stolpe hat ergeben, dass bei diesen Strecken mit Verzögerungen zu rechnen ist. Wir brauchen also mehr Planungsspielräume und haben deshalb vorgeschlagen, die Planungsreserve auf 30% zu erhöhen. Auf diese Weise könnten wir Entwicklungen vorhersehen und für den Fall, dass bei einer Strecke Schwierigkeiten auftreten, andere Maßnahmen auf den Weg bringen.

Ich halte es für falsch, die These, wonach die Schiene ebenso viel Geld wie die Straße erhalten müsse, als heilige Kuh zu betrachten. Ich weiß, dass dieses Thema

sehr heikel und auch in meiner Fraktion noch nicht völlig ausdiskutiert ist. Das ist jedoch meine tiefe Überzeugung. 75% des Güterverkehrs und 90% des Personenverkehrs werden auf der Straße abgewickelt. Ich bin der Auffassung, die Investitionen müssen dorthin fließen, wo der Hauptteil des Verkehrs abgewickelt wird.

Ich halte deshalb die ideologische Position, wonach Schiene und Straße gleich viel Geld erhalten müssen, für verkehrt. Dadurch würde der Stau ins Unermessliche gesteigert und die volkswirtschaftliche Leistung Deutschlands im Vergleich zu anderen EU-Ländern reduziert. Wir brauchen aufgrund der Verkehrsprognosen eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die Straße. Das Geld dafür muss aus der Lkw-Maut fließen. Ich halte es für unververtretbar, dass nicht einmal 20% der Einnahmen aus der Lkw-Maut für den Ausbau von Straßen verwendet werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich wundere mich nicht über den massiven Protest der Spediteure, die beklagen, dass sie die Melkkühe der Nation seien. Die Spediteure bezeichnen es als logisch, dass das Geld, das durch die Lkw-Maut eingenommen wird, für die Straße verwendet werden soll. Wir meinen, hier muss massiv geklotzt werden. Das Geld, das mit der Lkw-Maut eingenommen wird, muss auch für die Straße ausgegeben werden. Dann können wir die notwendigen Maßnahmen leisten.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben für die Verkehrswege Prioritäten genannt. Eine der wichtigsten Prioritäten unter den Autobahnen ist die A 3, und zwar vollständig von Würzburg bis Frauenaarach. Dass ausgerechnet der im Ballungsraum Nürnberg-Fürth-Erlangen liegende Teil nicht bis 2015 ausgebaut werden soll, aber der Teil, der näher an Würzburg liegt, ist niemandem zu erklären; denn die Belastung ist näher am Ballungsraum höher. Aber das haben ferne Leute geplant, die nicht die Praktiker gefragt haben. Wir brauchen den gesamten Ausbau, und wir brauchen auch die Sechsstreifigkeit der A 6 von der B 2 bis zur Landesgrenze, die bisher nicht drin ist.

Wenn ich mich recht entsinne, hat auch Kollege Gartzke das in der Vergangenheit immer wieder gefordert. Dann können Sie sich aber doch nicht jetzt hier herstellen und sagen: Wir sind hervorragend bedient worden. Ich glaube nicht, dass irgendjemand von Ihnen irgendeine der Maßnahmen, die heute in den Ausbauplänen sind, herausnehmen könnte. Wir brauchen Erweiterungen. Das Geld dafür ist vorhanden, wenn man die Lkw-Maut singgemäß verwendet. Deshalb fordern wir, nicht in Jubelstürme für die Berliner Pläne auszubrechen, sondern die Aufgabe wahrzunehmen, an unserer Seite gegen die Benachteiligung Bayerns zu kämpfen.

Die A 3, die A 6 und auch die A 8 vom Inntaldreieck bis zur Landesgrenze sind nicht im Vordringlichen Bedarf. Das bedeutet: kein Ausbau bis 2015. Das ist eine Autobahn auf Vorkriegsstandard; ich habe das Herrn Verkehrsminister Stolpe selbst gesagt. Es gibt keinen Standstreifen. Er hat mir gesagt, er wisse das von seinen

Reisen in den Urlaub. Ich habe ihn darauf hingewiesen, dass sich daraus eine besondere Verkehrsbelastung ergibt, weil das die Haupturlaubsstrecke für alle Deutschen, aber auch für die Niederländer oder die Dänen ist. Jeder weiß das.

(Güller (SPD): Kann es sein, dass die Autobahn vor 1988 auch noch keinen Standstreifen gehabt hat?)

Wir wollten einen, aber ich meine, dass wir jetzt nicht einen Standstreifen anbauen sollten, sondern dass wir die Autobahn auf sechs Streifen ausbauen sollten.

(Frau Radermacher (SPD): Warum haben Sie es dann nicht gemacht?)

Lieber Herr Kollege Güller, vielleicht erinnern Sie sich an die Diskussionen hier im Haus über den Ausbau der A 9 von Nürnberg bis Bayreuth und Hof. Die SPD hat damals immer den Anbau eines Standstreifens gefordert. Heute weiß jeder, dass der sechsstreifige Ausbau eine absolute Notwendigkeit ist, sonst hätten wir nicht zwei Streifen mit Standstreifen, sondern drei Standstreifen, nämlich auch die beiden Fahrspuren. Es kann doch nicht vernünftig sein, auch wenn wir das notgedrungen machen werden, das mit Reparaturmitteln anzuführen. Hier müssen wir die Sechsstreifigkeit anstreben, was aber nicht im Vordringlichen Bedarf ist. Da kommt die bayerische SPD und sagt: Wir sind hervorragend bedient.

Ich will ganz klar sagen: Wir brauchen mehr Geld für die Straße. Ich lehne die Ideologie ab, dass auf jeden Fall gleich viel Geld in die Schiene investiert werden muss, will allerdings auch anfügen: Endlich hat die SPD gelernt, dass man den ICE von München über Ingolstadt nach Nürnberg braucht und dann auch weiter von Nürnberg nach Erfurt. Es sind durch die bisherige Haltung der SPD in Bayern zehn Jahre verloren worden,

(Lachen bei der SPD)

übrigens auch zehn Jahre für den S-Bahn-Ausbau. Es ist auch die Problematik in Coburg für die Bündelungstrasse mit der Autobahn vergessen worden. Das müssen Sie sich schon sagen lassen. Sie haben sich in bestimmten Bereichen Oberfrankens versucht, zum Beispiel in der Frage des Maintals, zum Verteidiger aufzuschwingen. Jetzt sind Sie auf unsere Linie eingeschwenkt. Aber Sie müssen sich sagen lassen, dass man sehr viel Zeit versäumt hat und Lebenschancen für bestimmte Regionen verschlechtert hat. Ich bitte Sie, die Verantwortung für Ihre Fehler nicht in die Zukunft weiterzutragen, sondern für eine vernünftige Erweiterung des Bundesverkehrswegeplans in Bayern einzutreten.

Für die Bundesstraßen werden wir mit allen Regionen in den Regionalkonferenzen – die erste ist in der kommenden Woche – eine sinnvolle Erörterung durchführen, um mit den Menschen die dortigen Prioritäten zu besprechen. Alle Abgeordneten sind eingeladen und können dann bei der Regionalkonferenz sagen, ob sie alles im Weiteren Bedarf nach 2015 haben wollen oder welche Dinge sie vorgezogen haben wollen. Wir wollen das bündeln und werden das einbringen. Aber ohne eine massive Erweiterung des bayerischen Anteils geht es nicht.

Das steht uns auch zu. Alles andere wäre eine systematische Benachteiligung Bayerns, und die werden wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Nächster Redner ist Herr Kollege Lode.

Lode (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD fordert im dritten Spiegelstrich des Dringlichkeitsantrags von der Staatsregierung, sich für Verkehrsprojekte, die wegen der EU-Osterweiterung besonders dringlich sind, einzusetzen. Das stellt die Tatsachen doch auf den Kopf. Ich frage Sie daher, wo Ihr Einsatz für Bayern war, als es darum ging, bei der Bundesregierung in Berlin diese Forderung bereits in den vorliegenden Entwurf einzubringen. So weit zur Ehrlichkeit, die Sie angesprochen haben, Herr Kollege Schläger.

Ich will ergänzend zu Herrn Minister Beckstein noch einige weitere Beispiele aufzählen. Angesichts der Streichliste und der Vielzahl wichtiger Projekte muss ich mich aber auf einige wenige Großprojekte beschränken. Die A 3 Nürnberg-Würzburg ist angesprochen worden, die A 6 Nürnberg-Heilbronn ist angesprochen worden von Herrn Minister Beckstein. Aber auch die völlig überlastete A 3 im Bereich von Regensburg fehlt im Vordringlichen Bedarf.

Bei den südbayerischen Autobahnen – auch das ist angesprochen worden – fehlt der sechsspurige Ausbau der Vorkriegsautobahn A 8 zwischen Rosenheim und Salzburg. Dies ist außerordentlich problematisch. Wer die Autobahn kennt, weiß, dass sie keine 15 Jahre mehr durchstehen wird. Die Brücken, die Entwässerungseinrichtungen und vieles mehr sind nach 70 Jahren Betriebszeit einfach am Ende. Diese Strecke wird aber mit der Normalisierung der Lage in Südosteuropa und auf dem Balkan an Bedeutung gewinnen.

Meine Damen und Herren, die für Ostbayern so wichtige A 94 steht auch nur zur Hälfte, nämlich westlich von Markt, im Vordringlichen Bedarf. Die unverzichtbare Verknüpfung mit der Autobahn A 3 östlich von Markt und südlich von Passau ist so auf absehbare Zeit nicht möglich. Besonders ärgerlich ist die Bewertung der A 94 im Abschnitt zwischen Forstinning und Heldenstein. Dieser Bereich ist zwar im Vordringlichen Bedarf enthalten, aber der Bund hat ohne Notwendigkeit angesichts der jahrelangen Trassendiskussion zwischen Dorfen und Haag den Satz aufgenommen: „Die geeignete Trasse wird im Planfeststellungsverfahren ermittelt.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, nichts anderes als ordnungsgemäß ermitteln macht die Bayerische Staatsregierung seit Jahren. Sie haben sich dem bisher stets verweigert. Dieser völlig überflüssige Zusatz stiftet aber vor Ort und bei der dortigen Wirtschaft einige Verwirrung und verstärkt die Unsicherheit in der gesamten Region. Für diese unnötigen Ängste sind Sie, meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, verantwortlich.

Gravierend, besonders für die Oberpfalz, Niederbayern und das östliche Oberbayern, ist, dass die durchge-

hende Nord-Süd-Verbindung der B 15 neu vom Bund aufgegeben worden ist. Mit der B 15 neu sollte eine gerade für diese strukturschwachen Räume besonders bedeutsame Entwicklungsachse geschaffen werden. Doch nicht genug damit: Mit der Herausnahme der B 15 neu aus dem Bedarfsplan im Abschnitt südlich von Landshut bis zur A 94 hat sich der Bund von der für ganz Ostbayern und Südostbayern unverzichtbaren Lebensader klammheimlich verabschiedet. Dies ist nicht hinzunehmen, und dies werden wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Geradezu grotesk ist die Tatsache, dass im Hinblick auf die EU-Osterweiterung die B 85 zwischen Cham und der A 6 bei Amberg nicht mehr im Vordringlichen Bedarf ist. Diese Maßnahme wurde gestrichen und in den weiteren Bedarf eingestuft. Die berechtigten Hoffnungen der Region auf eine verträgliche Abwicklung des wegen der EU-Osterweiterung enorm zunehmenden Gütertransitverkehrs wurden damit massiv enttäuscht.

Herr Kollege Schläger, es reicht nicht, Krokodilstränen zu weinen, sondern es bedarf Ihres ganz persönlichen Einsatzes, um diese Straßenbaumaßnahme realisieren zu lassen.

Meine Damen und Herren, der Bund beabsichtigt außerdem, Maßnahmen auf Strecken, die er wegen ihrer Parallellage zu Autobahnen irgendwann einmal abstufen will, überhaupt nicht mehr in den Bedarfsplan aufzunehmen. In Bayern ist davon der Bau von 15 dringenden Ortsumgehungen betroffen. Das werden wir uns so nicht gefallen lassen. Solange eine Straße Bundesstraße ist, ist der Bund für ihren Ausbau zuständig. Wir werden das, Herr Minister, bei den Regionalkonferenzen den Tausenden betroffener Menschen vor Ort sagen und sie über diese Verantwortlichkeiten aufklären. Der Bund kann sich nicht einfach aus dieser Pflicht davonstellen.

Meine Damen und Herren, ich erwarte, dass sich auch die Opposition fern jeglicher Verweigerungsideologie, wie sie Herr Kollege Dr. Runge wieder einmal zelebriert hat, gemeinsam mit uns hartnäckig gegen diese Benachteiligung Bayerns wehren wird.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Der nächste Redner ist Herr Kollege Maget.

Maget (SPD): Ich muss mich schon sehr über Herrn Minister Dr. Beckstein wundern. Er kommt von der Synode hierher und ist schon wieder unwahrhaftig. Das ist wirklich nicht in Ordnung.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er spricht von einer angeblichen Benachteiligung Bayerns und begründet das wie folgt: Der Anteil Bayerns sei in den Achtzigerjahren höher gewesen als heute. Das stimmt. Aber zwischenzeitlich sind sechs Länder hinzugekommen, Herr Minister, was Sie unterdrückt haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben verschwiegen – –

(Dr. Beckstein (CSU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, Herr Minister, ich durfte auch nicht fragen.

(Dr. Beckstein (CSU): Ich möchte Zwischenrufe machen!)

Herr Abgeordneter Dr. Beckstein, Sie verschweigen zusätzlich, dass Bayern in den letzten Jahren mehr Geld für Straße und Schiene erhalten hat als je zuvor. Warum sagen Sie das nicht?

(Beifall bei der SPD)

Sie verschweigen, dass Bayern bei den Schienenprojekten auf Platz eins aller Bundesländer steht. Warum fügen Sie das nicht hinzu?

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, die Schuld der SPD sei es, dass zehn Jahre bei diesen oder jenen Projekten verloren wurden, und Herr Kollege Lode behauptet, am mangelnden Ausbau der A 94 seien wir schuld gewesen. Sie haben in den Jahren 1982 bis 1998 sowohl im Bund als auch im Land allein regieren können. Wir hatten keine Möglichkeit, ein einziges Projekt zu behindern oder schneller zu verwirklichen. Das haben alles Sie in Ihrer Verantwortlichkeit gemacht bzw. nicht gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Beckstein (CSU))

Wie war es denn bei der A 94? – Sie haben in 30 Jahren auf der A 94 sage und schreibe sechs Kilometer gebaut. Sechs Kilometer in 30 Jahren!

(Beifall bei der SPD)

Seit wir regieren, wird auf der A 94 wieder gebaut. Das ist der Unterschied. Wir reden nicht, sondern wir bauen überall dort, wo Baurecht besteht, und zwar auch nachweislich auf der A 94.

Wie gehen Sie mit den Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan um? – Auch das muss man wissen. Sie melden beliebig alle Projekte an, die Sie überhaupt finden können, und erklären sie alle als vordringlich. Das hat einen einzigen Grund: Sie möchten, dass möglichst viele Projekte abgelehnt werden und nicht in den Vordringlichen Bedarf kommen, um vor Ort die Mär von der angeblichen Benachteiligung Bayerns erzählen zu können.

(Beifall bei der SPD)

So, meine Damen und Herren, legen Sie auch die Verkehrswegekonzferenzen an. Ich frage Sie: Warum werden, da es um den Bundesverkehrswegeplan, um Bundesstraßen geht, die Bundestagsabgeordneten nicht

eingeladen, an solchen Konferenzen teilzunehmen? Warum nicht?

(Beifall bei der SPD)

Sie machen Konferenzen, und die zuständige parlamentarische Ebene wird nicht eingeladen, dazu Stellung zu nehmen.

(Zurufe von der SPD – Dr. Beckstein (CSU): Das stimmt nicht!)

– Die Einladung zur mittelfränkischen Verkehrskonferenz haben unsere Landtagskollegen erhalten, unsere Bundestagsabgeordneten nicht.

(Regensburger (CSU): Es ist doch noch gar nicht eingeladen!)

– Die Landtagskollegen haben diese Einladung schon in Händen, die Bundestagskollegen nicht.

Laut Tagesordnung geht es um den Bundesverkehrswegeplan, für den das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zuständig ist. Glauben Sie, dass bei den Konferenzen ein Vertreter des Bundesverkehrsministeriums zu Wort kommt, um den Bundesverkehrswegeplan zu erläutern? – Nein. Das wird von Ihnen auch gar nicht gewünscht. Sie möchten vom Bundesverkehrsministerium gar nicht informiert werden. Sie möchten sich offensichtlich gar nicht mit dem zuständigen Bundesverkehrsministerium auseinandersetzen.

(Zurufe von der SPD)

Sie laden die Herrschaften nicht einmal hinzu, weil Sie ungestört Ihr Zeug dort verzapfen

(Beifall bei der SPD)

und ja nicht mit Tatsachen konfrontiert werden wollen. Könnten Sie mir beantworten, Herr Dr. Beckstein, welche Vertreter – – Es wäre angenehm, wenn Sie mir zuhören würden. Sie haben mich vorhin beschimpft, deshalb sollten Sie jetzt wenigstens zuhören. – Können Sie mir erläutern, warum Sie auf die Anwesenheit des Bundesverkehrsministeriums in diesen Konferenzen verzichten; warum Sie, was das Mindeste an Fairness und Informationspflicht gegenüber den anwesenden Bürgermeistern wäre, von dort niemanden zu Wort kommen lassen; warum das Bundesverkehrsministerium den Bundesverkehrswegeplan nicht erläutern und verteidigen kann, und warum Sie alleine das große Wort führen wollen?

(Zuruf von der SPD: Wahlkampf!)

Präsident Böhm: Ich bitte Sie, die Fragen kürzer zu fassen, denn Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Maget (SPD): Da Sie es so machen, Herr Minister, sollten Sie bei diesen Konferenzen aber auch die Staatsstraßen ansprechen,

(Beifall bei der SPD)

denn wenn in Bayern etwas im Argen liegt, dann sind es exakt die Straßen, für die Sie politisch verantwortlich sind.

Wir stimmen in zwei oder drei Punkten überein.

Präsident Böhm: Herr Maget, Sie müssen Schluss machen, weil Sie schon über sechs Minuten lang reden.

Maget (SPD): Gestatten Sie mir bitte noch zwei Sätze.

Die Reserve muss erhöht werden. Hier stimme ich Ihnen zu. Die Mittel der Bahn wird die Deutsche Bahn AG ohnehin nicht in diesem Volumen umsetzen können. Deshalb werden sich solche Reserven bilden lassen.

Ich bin mit Ihnen der Meinung – deshalb haben wir den Text nach dem dritten Spiegelstrich, Herr Lode, so formuliert –, dass wir bei den EU-Projekten in Bayern eine Nachbesserung brauchen. Dieser Meinung bin ich. Dafür werden wir uns in Berlin verwenden.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Da schaut der Beckstein alt aus!)

Präsident Böhm: Das Wort hat Herr Staatssekretär Spitzner.

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst zum Zwischenruf: Wenn Sie so alt werden, wie Sie aussehen, leben Sie noch lange, Herr Kollege.

Herr Kollege Maget, mit dem Vorwurf der Parteipolitik würde ich an Ihrer Stelle sehr vorsichtig sein. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Es ist ein Skandal, dass sowohl das Bayerische Innenministerium als auch das Bayerische Verkehrsministerium keine Informationen über den endgültigen Plan hatten, den Bundesminister Stolpe vorgestellt hat, der Plan aber gleichzeitig über die Parteischiene der SPD dargestellt wurde. Das ist ein Skandal.

(Zurufe von der SPD)

Ihre Kritik an der Staatsregierung ist verlogen. Bundesverkehrsminister Stolpe hat in Berlin eine Pressekonferenz durchgeführt, und gleichzeitig hat die SPD-Fraktion im Landtag eine Pressekonferenz über den Bundesverkehrswegeplan abgehalten. Wir mussten der Presse auf Anfrage sagen, dass wir nichts über den endgültigen Plan wüssten.

(Zurufe von der SPD)

– An Ihrem Grinsen und Augenzwinkern kann ich erkennen, dass Ihr Vorwurf nicht stimmt.

(Zurufe von der SPD)

– Herr Kollege, schreien Sie nicht so, sonst werden Sie noch rot und man könnte meinen, Sie wären ein Juso.

Ich möchte zur Schiene Folgendes sagen. Ich möchte anerkennen – Herr Kollege Schläger hat es angesprochen –, dass jetzt auch mehr Geld für den Bestand ausgegeben wird. Das ist eine Forderung, die auch wir erhoben haben, und das würdigen wir positiv. Aber, Herr Kollege Schläger, zur intellektuellen Redlichkeit gehört es natürlich auch, darauf hinzuweisen, dass dies seinerzeit im Bundesverkehrswegeplan 1991/92 schon von der alten Bundesregierung massiv vorgesehen war, dass aber damals alle Politiker, insbesondere aus den neuen Bundesländern, gleich ob Rot, Schwarz oder Grün, einheitlich gefordert haben, bevor man mehr in den Ausbau im Westen investiert, doch mehr Geld für den Neubau im Osten auszugeben. Wir haben dieses Thema im Landtag, auch im Verkehrsausschuss, einheitlich diskutiert. Wir haben damals einhellig gesagt, der Ausbau Ost müsse für die nächsten Jahre vor dem Ausbau West Vorrang haben. Auch dies muss man der Ehrlichkeit halber sagen.

Erstens. Herr Kollege Maget, Ihre Aussage, bei der Schieneninvestition mit fast 10 Milliarden € liege Bayern auf Platz eins, stimmt leider nicht ganz; denn bei Ihrer Rechnung – das haben wir genau nachrechnen lassen – sind bei den Großprojekten Stuttgart – Ulm – Augsburg und Nürnberg – Erfurt auch die außerbayerischen Projektanteile für Bayern zugehörig mit angerechnet. Bisher war mir nicht bekannt, dass die große Ausbaumaßnahme Geislingen an der Steige in Bayern liegt.

Zweitens. Die GRÜNEN haben gesagt, es werde in die Schiene genauso viel investiert wie in die Straße; auch dies stimmt nicht ganz; denn dies ergibt sich nur, Herr Kollege Dr. Runge, wenn man die Nahverkehrsmittel aus dem GVFG und aus dem Regionalisierungsgesetz zu dem Finanzvolumen des Bundes hinzurechnet. Dies muss man klar und deutlich sagen. Auch hier bitte ich, sauber zu argumentieren. Es ist eine ganze Reihe gewünschter Projekte auf der Schiene im Bundesverkehrswegeplan enthalten. Das erkennen wir auch an. Es gab intensive Gespräche mit der DB AG und dem Bundesverkehrsminister, ich sehe da keine Obstruktion. Aber ich möchte auch sagen, dass im Bundesverkehrswegeplan eine ganze Reihe von Projekten nicht enthalten ist, die auch von Ihnen einheitlich gefordert wurden.

Meine Damen und Herren, es geht um den Ausbau der Strecke München – Mühldorf – Freilassing; hier sind nicht einmal 13% des gesamten Projektvolumens im Vordringlichen Bedarf. Ich wende mich an die GRÜNEN in Bezug auf die Elektrifizierung der Strecke München – Memmingen – Lindau. Sie haben derzeit einen Antrag über den Ausbau der Zulaufstrecken zur NEAT laufen. Es war Ihre Intention, dass hier mehr getan werden muss, um für den Brenner eine Entlastung zu schaffen und mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene auch über den Gotthard zu bringen. Aber leider ist es so, dass die rot-grüne Regierung den bayerischen Antrag auf Elektrifizierung und zweigleisigen Ausbau abgelehnt hat; auch das muss man klar und deutlich sagen. Wenn Sie dies hier kritisieren, dann werden Sie bitte auch bei der

eigenen Bundesregierung in Berlin vorstellig, damit dies Wirklichkeit wird.

Drittens. Wo bleibt die Gleichstellung der ICE-Strecke Augsburg – Ulm mit der anschließenden Strecke Ulm – Stuttgart? Dieses Thema wird auch im schwäbischen Raum von allen Kommunalpolitikern intensiv und leidenschaftlich diskutiert. Wir wollten natürlich eine stärkere Ertüchtigung.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Gülller (SPD))

Österreich kündigte an, den Brenner-Basis-Tunnel bis zum Jahr 2012 auszubauen – endlich, Gott sei Dank. Wir brauchen den Brenner-Basis-Tunnel, um die Nord-Süd-Verkehre bewältigen zu können.

(Maget (SPD): Fragen Sie einmal Ihren Kollegen Kränzle! – Zuruf des Abgeordneten Gülller (SPD))

– Herr Kollege Maget, wir haben daraufhin um eine entsprechende Berücksichtigung im Bundesverkehrswegeplan gebeten, doch bislang ist im Entwurf – genauso wie in den ersten Entwürfen – keine Antwort enthalten, und das sehen wir als schwach an. Im Bundesverkehrswegeplan sind eine ganze Reihe von Schienenprojekten enthalten, aber viele Projekte, etwa im Nord-Süd-Verkehr und im Ost-West-Verkehr, die wir im Hinblick auf die Osterweiterung der Europäischen Union dringend bräuchten, sind leider nicht enthalten. Deshalb können auch wir sagen, dass wir bezüglich der Schiene beim Bundesverkehrswegeplan keineswegs in Jubel ausbrechen. Wir fordern gerade für die genannten Strecken Verbesserungen in den nächsten Wochen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Um das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Beckstein gebeten.

Staatsminister Dr. Beckstein (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich mich zu Wort melde, aber ich will mich kurz fassen. Ich will aber eines nicht akzeptieren, nämlich dass mir Herr Kollege Maget hier Unwahrhaftigkeit vorwirft.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch!)

„Unwahrhaftigkeit“ heißt, dass man dem anderen vorwirft, er sage bewusst die Unwahrheit. Herr Kollege Maget, das lasse ich mir schlichtweg nicht gefallen, das ist insbesondere unanständig, wenn Sie selbst mit Fakten arbeiten, die nachweislich falsch sind. Eines will ich sagen, weil es mir auf den Wecker geht: Herr Maget, Sie sagten, jetzt komme einer von der Synode und sage selbst die Unwahrhaftigkeit. Dann soll man sich doch selbst herstellen und sagen: Ich bin überzeugter Christ und versuche, nach meinem Glauben zu leben. Aber dann gehört als Mindestes dazu, dass man dem anderen nicht abspricht, dass er selber nach seiner Überzeugung lebt. Alles andere ist unanständig und lasse ich mir auch von Ihnen nicht gefallen.

(Beifall bei der CSU)

Erstens. Sie behaupten, dass die Reduzierung des höheren Anteils, den wir bisher hatten, auf das Hinzutreten der neuen Länder zurückzuführen sei. Herr Maget, das ist doch abenteuerlich blöd.

(Maget (SPD): Sie haben das gesagt, Sie haben von den Achtzigerjahren gesprochen!)

Die Reduzierung des Anteils von 14 auf 13,66% hat nicht das Leisteste damit zu tun, dass die neuen Länder gekommen sind. Wir hatten früher 19,3%. Nachdem die neuen Länder dazukamen, hat sich das Ganze rechnerisch auf 14% reduziert.

(Maget (SPD): Sie haben von den Achtzigerjahren gesprochen!)

– Ich habe die Reduzierung von 14% auf 13,66% dargelegt. Herr Maget, Sie waren nicht da und können deshalb nicht ernsthaft mitreden.

(Maget (SPD): Ich habe Sie doch gehört!)

Ich habe davon gesprochen, dass in den Achtzigerjahren der Anteil 14% gewesen ist, was unter Hinwegrechnung der neuen Länder erfolgte. 19,3% hatten wir ohne Berücksichtigung der neuen Länder, danach waren es 14%. Dieser Anteil ist auf 13,66% reduziert. Diese politische Entscheidung wird von Herrn Maget als hervorragendes Bedienen durch Berlin bezeichnet. Ich kann nur sagen: So werden bayerische Interessen nicht gewahrt, sondern verraten.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Sie behaupten, heute würde mehr Geld als jemals zuvor für den bayerischen Straßenbau im Bundesverkehrswegeplan zur Verfügung stehen. Ich sage Ihnen: Das ist falsch.

(Maget (SPD): Das habe ich nie behauptet!)

Wir hatten 1999 und 2000 Absenkungen und sind jetzt annähernd in der Größenordnung, wie wir sie Mitte der Neunzigerjahre hatten. Aber wir haben nicht etwa mehr als damals. Jeder weiß, dass in der Zwischenzeit die Kosten trotz der günstigen Bausituation gestiegen sind. Das heißt, wir können nicht in Jubelstürme ausbrechen und schon gar nicht, wenn wir wissen, dass über die Lkw-Maut sehr viel mehr Geld in die Staatskasse kommt.

Drittens. Ich habe mich nochmals mit dem zuständigen Mitarbeiter der Obersten Baubehörde über die Verkehrskonferenzen unterhalten. Wir laden alle MdLs, alle MdBs und die Mitglieder des Europäischen Parlaments ein. Wer etwas anderes behauptet hat, hat seine Organisation nicht im Griff. Wenn Herr Schütz hier sagt, die Einladung ergehe an alle Abgeordneten des Bundes und des Europaparlaments, glaube ich, dass das richtig ist.

(Maget (SPD): Sie haben bisher keine Einladung!)

– Entschuldigen Sie, wir haben bisher nur für Mittelfranken eine Einladung, sonst ist an niemanden eine Einladung herausgegeben.

(Maget (SPD): Aber die MdB haben keine!)

– Mein Mitarbeiter Herr Schütz sagt mir, die Einladungen an die MdBs und an die MdEPs seien herausgegeben worden.

Ich kann Ihnen noch einmal sagen: Mit Ausnahme von Mittelfranken ist noch keine Einladung hinausgegangen. Ich halte es schon für mutig, wenn jemand, der behauptet, ehrlich zu reden, dann sagt, die werden nicht eingeladen, und die Einladungen sind noch nicht einmal versandt. Lieber Herr Kollege Maget, so unanständig sollte man miteinander nicht umgehen.

(Beifall bei der CSU – Zahlreiche Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen eines in aller Klarheit, und das wird in allen Verkehrskonferenzen auch mit Deutlichkeit angesprochen: Die Frage der Staatsstraßen ist auch bei uns ein außerordentlich wunder Punkt, weil wir hier Reduzierungen haben.

(Lebhafte Zurufe von der SPD – Zuruf von der CSU: Sicherlich!)

Ich füge allerdings hinzu, dass es noch Anfang der Neunzigerjahre Kollegen der SPD gab – ich nenne Frau Kollegin Voget als Beispiel –, welche die Reduzierung des Staatsstraßenhaushalts beantragt haben. Wir haben dem stets widerstanden.

(Mehrlich (SPD): Wir auch! – Weitere Zurufe von der SPD)

Der Staatsstraßenhaushalt ist zu gering. Sie müssen sich dann schon auch vorhalten lassen, wer dafür verantwortlich ist, dass die öffentlichen Finanzen durch die rot-grüne Regierung in Berlin ruiniert worden sind, und wer dafür sorgt, dass die Steuereinnahmen dramatisch zurückgehen und die Arbeitslosigkeit massiv ansteigt. Wer dafür verantwortlich ist, kann anderen nicht vorwerfen, dass sie nicht genügend Geld im Staatshaushalt haben, um Staatsstraßen zu finanzieren.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Jetzt hat Herr Kollege Güller das Wort.

(Abg. Güller (SPD) telefoniert – Hofmann (CSU): Der telefoniert gerade mit dem Bundeskanzler! – Willi Müller (CSU): Was sagt der Bundesverkehrsminister?)

Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zum Thema Einladung zu den Verkehrskonferenzen etwas klarstellen. Sie können zwar die mittelfränkischen Bundestagsabgeordneten für den 11. April

einladen, aber schon jetzt steht fest, dass an diesem Tag im Bundestag eine Plenarsitzung stattfindet.

(Zurufe von der SPD: Genau!)

Sie wissen ganz genau, wie das mit den Plenarsitzungen so ist. Zufällig finden an zwei der angesetzten Termine Plenarsitzungen statt, und vier weitere sind in Sitzungswochen des Deutschen Bundestags,

(Schläger (SPD): Pfuil!)

und zwar zu Zeiten, in denen in Berlin noch Ausschusssitzungen bzw. die Vorbereitungen dafür stattfinden.

(Zahlreiche Zurufe von der SPD – Unruhe)

Angesichts des Sitzungsplans des Deutschen Bundestags ist das schon schwierig. Auch die Belange der Landtagsabgeordneten hätten stärker berücksichtigt werden müssen, damit auch wir hingehen können. Es ist schwierig, um 15 Uhr in Bamberg zu sein, wenn man hier bis 13 Uhr an einer Ausschusssitzung teilnehmen muss, es sei denn, man hat, wie der Innenminister, einen Hubschrauber zur Verfügung. Wir würden uns mehr Sensibilität bei der Auswahl der Termine wünschen, deutlicher gesagt: Die Bundestagsabgeordneten und das Bundesverkehrsministerium sollten bei der Auswahl der Termine nicht bewusst ausgegrenzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Spitzner, zu Ihnen sage ich, weil Sie angeblich ein so profunder Kenner der Bahnstrecken sind: Ein schneller Blick und ein kurzes Telefonat mit den Berlinern – dafür wäre ja seit der Veröffentlichung genügend Zeit gewesen – hätte Ihnen gezeigt, dass selbstverständlich der Ausbau und die Ertüchtigung der Strecke zwischen Augsburg und Ulm auf 200 km pro Stunde im Plan enthalten sind. Zusätzlich ist noch ein Prüfauftrag enthalten, eine bestimmte Zwischenstrecke für eine Geschwindigkeit von 250 km/h zu ertüchtigen. Herr Kollege, ein kurzer Blick in die Akten hätte Sie davor bewahrt, vor diesem Parlament eine Falschaussage zu treffen.

(Beifall bei der SPD)

Die Ausführungen zur Region Schwaben waren ja auch recht putzig. Während der 16 Jahre Ihrer Regierung im Bund – kurze Zeit war Schwaben auch durch einen Bundesbauminister im Kabinett vertreten – war auf der A 8 kein großer Stau, aber einen Tag nach der Bundestagswahl fangen der Ex-Bundesbauminister und einige andere Interessierte damit an, Aufkleber zu drucken: A 8 – Ausbau jetzt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das nenne ich wirklich eine gute Politik. – Was tut die SPD-geführte Bundesregierung? – Sie steigt in ein privates Betreibermodell ein, wie unter anderem Sie es laut gefordert haben, allerdings ohne überhaupt einen Finanzierungsnachweis zu bringen. Wir prüfen dies gerade; die Prüfung wird Mitte des Jahres abgeschlossen sein.

Das sieht sehr, sehr gut aus, und zwar nicht nur für die Strecke bis Augsburg, sondern auch für die Strecke von Augsburg bis zum bereits jetzt sechsspurig ausgebauten Teil nach München. Meine Herrschaften, wir haben aber jetzt noch ein kleines Problem: Wir haben keinen Meter Baurecht an dieser Strecke, weil die Autobahndirektion, die, wie ich gehört habe, irgendetwas mit der bayerischen Verwaltung zu tun hat, nichts mit der Bundesverwaltung, in den letzten Jahren an diesem Teil schlicht und einfach nichts getan hat. So sieht es aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir bleiben beim Beispiel Schwaben. Sie haben es gerade noch drei Tage vor der Wahl 1998 geschafft, einen Planfeststellungsbeschluss für die B 17 bei Klosterlechfeld herauszugeben. Sie hatten im Plan keine müde Mark für die Finanzierung drin, aber einen Tag später haben Sie geschrien: Das muss passieren. Diese SPD-geführte Bundesregierung hat es geschafft, dass dieser Umgehungsteil inzwischen gebaut ist.

Wir hätten auch gerne eine vierspurige Anbindung der B 17 zur A 96. Die Finanzierung bekommen wir hin; das kann ich Ihnen sagen. Das einzige Problem ist, dass die Regierung von Oberbayern seit Jahren keinen Planfeststellungsbeschluss auf die Reihe bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Seit Jahr und Tag fordern wir, dass die Behörde endlich schneller – natürlich trotzdem gründlich – arbeiten soll. Aber was passiert? – Nichts! Ständig wird die Planfeststellung in Pressemitteilungen angekündigt, zuletzt für Mitte dieses Jahres. Wahrscheinlich kommt sie drei Tage vor der Landtagswahl, damit Sie dann sagen können: Wir haben jetzt eine Planfeststellung und fordern die Finanzen.

Herr Beckstein, Sie treten gegenüber Berlin als der Meister der 100 000 Forderungen auf, und in Bayern sind Sie der Herr der 100 000 Schlaglöcher. Das ist die Politik der Bayerischen Staatsregierung. Wir werden Sie bei den Landtagswahlen auch daran messen, wie viel Geld Sie für Staatsstraßen ausgeben und woher das Material für die Renovierungen und den weiteren notwendigen Ausbau stammt. Sie könnten hier mehr tun, als immer nur die Bundesregierung anzugreifen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Jetzt hat Herr Kollege Peterke das Wort.

Peterke (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Maget, ich kann die Feststellung von Minister Beckstein zum Einladungsmodus zu den Regionalkonferenzen nur bestätigen. Ich möchte eines hinzufügen: Diese Regionalkonferenzen sind sinnvoll und werden immer wieder durchgeführt. Bei der Regionalkonferenz für Oberbayern Nord in Ingolstadt war unter anderem auch eingeladen und zugegen der verkehrspolitische Sprecher der GRÜ-

NEN Albert Schmidt. Er war nicht nur eingeladen, sondern er hatte ausgiebig Gelegenheit, sich zu äußern und mit uns zu diskutieren.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Sollen wir dafür auch noch dankbar sein? – Frau Radermacher (SPD): Das ist eine Selbstverständlichkeit!)

Es wäre angebracht, dies hier in aller Deutlichkeit herauszustellen.

Herr Kollege Schläger, Sie sagten, die CSU und die Staatsregierung sollten Prioritäten setzen.

(Schläger (SPD): Ja, Subsidiarität!)

Dazu kann ich nur sagen: Das tun wir, aber anders als Sie. Wir orientieren uns an den Notwendigkeiten und Interessen unseres Landes.

(Schläger (SPD): So wie 1992!)

Ihre Verkehrspolitik ist eindeutig parteipolitisch-ideologisch geprägt. Es ist schon schlimm genug, dass ich so etwas feststellen muss. Das viel größere Übel aber liegt darin, dass Sie nicht verhindern, dass Rot-Grün in Berlin Bayern ständig ausgrenzt.

(Maget (SPD): Aktuellstes Beispiel ist Galileo, 155 Millionen!)

– Herr Kollege Maget, die Zahlen sprechen für sich. Sie haben sich hier schon einmal offensichtlich nicht an die Wahrheit gehalten oder sich nicht genau erkundigt.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte das ausdrücklich unterstreichen.

Ein besonders schwerwiegendes Versäumnis ist es, die gewiss nicht unumstrittene Lkw-Maut nur zu einem ganz geringen Teil für den Bau der Fernstraßen einzusetzen, sondern nur zu 20%. Meine Damen und Herren, dies ist eine falsche Politik, weil Sie dadurch die Wirtschaft nicht revitalisieren.

Als ich heute Morgen das Radio eingeschaltet habe, habe ich als Erstes gehört, dass Florian Gerster eingestehen musste, dass er vor einem riesigen Finanzierungsloch steht, auf das die Bundesregierung überhaupt nicht reagiert. Vor diesem Hintergrund kann ich mir gut vorstellen, dass die Einnahmen aus der Lkw-Maut nicht dem Ausbau der Straßen zugute kommen, sondern ausschließlich zum Stopfen von Haushaltslöchern und für andere Dinge verwendet werden. Das kann nicht im Sinne einer wirtschaftsfördernden Verkehrspolitik sein.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir müssen aus vielerlei Gründen den Ausbau der Bundesfernstraßen einfordern. Wir stehen vor einer massiven Erweiterung der Europäischen Union. In den Beiträgen meiner Vorredner ist das angesprochen worden. Wenn Sie das nicht endlich einsehen – die Van-Miert-Gruppe hat das deutlich darge-

stellt –, dann werden wir nach der Osterweiterung und der Einführung der Freizügigkeit vor völlig neuen Verkehrsproblemen stehen, die dafür sorgen, dass die Menschen auf den Verkehrswegen nicht etwa zueinander kommen, sondern sich allenfalls im Stau begegnen. Ich erwähne hier insbesondere die Strecke Nürnberg – Regensburg, die transeuropäischen Strecken und die dramatische Situation auf der Strecke Salzburg – Rosenheim. Das kann so nicht bleiben.

Ich möchte einen weiteren Aspekt in den Mittelpunkt stellen, nämlich die Interessen der Kommunen. Viele Gemeinden und Städte haben bereits erhebliche Vorleistungen in Erwartung künftiger Ortsumfahrungen erbracht. Diese Gemeinden und Städte werden nun zum größten Teil wieder enttäuscht und müssen erneut auf der Wartebank Platz nehmen. Meine Damen und Herren, das müssen Sie durch Ihre Kollegen in den Gemeinde- und Stadträten rechtfertigen lassen. Sie müssen darstellen, ob es Sinn macht, dass eine Gemeinde eine Ortsumfahrung bekommt, oder ob die Gelder in Schienenverkehrswege gesteckt werden, die am Ende nicht der richtige Weg sein können. Wir sind nicht gegen den Ausbau der Schienenverkehrswege, aber unsere Prioritätensetzung – Herr Kollege Schläger, um Ihre Worte zu gebrauchen – ist nun einmal eine andere.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich frage Sie, wie Sie Ihre Verantwortung aus bayerischer Sicht gegenüber dem Bund wahrnehmen wollen. In der Pressemitteilung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN lese ich, dieses Verkehrskonzept dürfe nicht der fantasielosen Betonfraktion der Staatsregierung überlassen werden. Wenn wir es Ihnen überlassen würden, dann wäre Bayern bereits dort, wo andere Bundesländer und der Bund bereits angelangt sind, nämlich bei der Pleite.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Gantzer.

Prof. Dr. Gantzer (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Trotz der Aussagen des Herrn Innenministers stelle ich noch einmal fest: Bayern ist mit diesem Bundesverkehrswegeplan hervorragend bedient worden. Es ist typisch, dass der Innenminister auf die Schieneninvestitionen überhaupt nicht eingegangen ist. Nur in einem kleinen Nebensatz hat er etwas über die Schiene gesagt. Aber dass Bayern hier auf Platz eins unter allen Bundesländern liegt, wird natürlich verdrängt.

(Willi Müller (CSU): Dafür ist Staatssekretär Spitzner da!)

– Das ist ein Gesamtverkehrswegeplan. Es ist typisch für Sie, dass Sie zwischen Straße und Schiene trennen wollen. Das ist ein Verbund, der auch als solcher betrachtet und entwickelt werden muss.

Wenn ich sehe, dass Bayern außerdem 210 Kilometer neue Autobahnen bekommt – das ist dargestellt worden;

ich will es nicht wiederholen –, dann kann ich nur sagen, mit diesem Bundeswehr – – Entschuldigung.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Ein typischer Versprecher für mich, ich weiß.

Ich kann nur sagen, mit diesem Bundesverkehrswegeplan kann man sehr zufrieden sein. Es gilt eben der Grundsatz, Herr Innenminister: Man kann nur das bauen, was man auch bezahlen kann. Wenn ich auch einmal polemisch sein darf, dann stelle ich hier fest, dass wir gerade dabei sind, mit Ihrem alten Schuldenberg aufzuräumen, den wir Ihrem Bundesfinanzminister Waigel zu verdanken haben, und uns deshalb nicht den Vorwurf machen lassen, dass wir nicht so viele Straßen bauen, wie Sie es gern hätten.

Ich kann das Positive an dem Bundesverkehrswegeplan durchaus darstellen, zum Beispiel anhand des Falles Oberbayern. Hier wird die A 8 zwischen Augsburg und Dachau von vier auf sechs Streifen, die A 9 Neufahrn – München Nord von sechs auf acht Streifen und die A 9 von München Nord nach Schwabing von vier auf sechs Streifen ausgebaut.

(Dinglreiter (CSU): Was ist mit der A 8 Ost?)

– Dazu komme ich gleich. Das sind hervorragende Maßnahmen, die zur Verbesserung der Situation der verkehrsgeplagten Bevölkerung im Münchner Norden dringend notwendig waren. Das müssen Sie doch anerkennen, und letztlich ist das nicht nur für die leidgeprüfte Bevölkerung dort wichtig, sondern auch für den Anschluss des neuen Stadions. Die Weltmeisterschaft ist nur einmal; aber wir haben Bundesmittel für Erschließungsmaßnahmen bekommen, die sich immer auf Bayern auswirken. Ich meine, man sollte auch einmal das Positive herausstellen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die A 99 von München Nord zum Autobahnanschluss Haar wird von sechs auf acht Streifen ausgebaut. Hier muss ich wieder sagen: Warum ist das jetzt erst passiert? – Uns allen war klar, dass die Messe im Münchner Osten ordnungsgemäß erschlossen werden muss. Die Staatsregierung hat nichts getan. Die Erschließung der Münchner Messe ist eine einzige Pleitegeschichte. Jetzt muss der Bund die Mittel geben, damit die Messe endlich richtig angeschlossen wird.

(Zuruf des Abgeordneten Dinglreiter (CSU))

– Wenn Sie hier dazwischenrufen, dann sage ich nur: B 15, Westtangente Rosenheim. Ich weiß, dass Sie draußen herumlaufen und sagen: Das haben wir Herrn Dinglreiter zu verdanken. Sie verschweigen aber, dass Grundlage dafür der neue Bundesverkehrswegeplan ist. Das ist nicht ganz fair, was Sie hier betreiben, Herr Dinglreiter. Wir werden ja hören, was Sie auf der Verkehrskonferenz im Mai sagen werden. Aber das ist keine Aktion von Herrn Dinglreiter, sondern das ist das Verdienst der jetzigen Bundesregierung.

Zum Schluss muss ich noch etwas zu Herrn Lode sagen. Ist er noch hier, oder ist er schon wieder auf der Reise? – Er ist auf der Reise. Das, was Herr Kollege Lode zum Ausbau der A 94 gesagt hat, ist schlicht eine Unverschämtheit. Ich bin von 1978 bis 1982 Betreuungsabgeordneter in Altötting gewesen und musste diese Strecke ständig fahren. Ich kann mich erinnern, dass die CSU schon damals immer gesagt hat, wir werden diese Straße ausbauen. Nichts ist passiert.

Wenn ich sehe, was da auf der einen Seite in den letzten 25 Jahren von Ihnen gesagt worden ist und was auf der anderen Seite getan worden ist, dann muss ich feststellen, dass die Waagschale der Taten ganz oben und die Waagschale der Worte, die ja schwerwiegend waren, ganz unten ist. Es ist nichts passiert.

Ich bitte also, bei der Wahrheit zu bleiben und zu sehen, dass der Bund alles getan hat, um die Straßen- und Wegeverhältnisse in Bayern zu verbessern. Ich kann nur sagen, ich bin gespannt auf diese Verkehrskonferenzen. Wie ich gehört habe, werden wir dazu eingeladen. Ich hoffe, die Tagungen werden nicht während der Landtagsitzungen in Bayern stattfinden. Wir werden uns dem Thema stellen und hören, was die Bürgermeister dazu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pschierer.

Pschierer (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Lassen Sie mich zunächst mit einem Missverständnis aufräumen, das die Kollegen Maget und Güller in die Debatte eingeführt haben und das die Informationspolitik der Bayerischen Staatsregierung und das Einbinden der Oppositionsabgeordneten angeht.

Wir diskutieren heute über den Bundesverkehrswegeplan. Vor 14 Tagen konnte ich in der „Augsburger Allgemeinen“ lesen, dass der SPD-Landtagsabgeordnete Herbert Müller – heute ist er nicht hier – verkünden lässt: SPD-Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der schwäbischen SPD Herbert Müller war in Berlin. Dort wurden ihm in Sachen A 96 gute Nachrichten mitgegeben, die nun spruchreif seien, so Herbert Müller gegenüber der „AA“. Die A 96 könne gebaut werden und sei im neuen Bundesverkehrswegeplan mit dem Vermerk „vordringlich“ vermerkt und könne somit alsbald gebaut werden.

Ich hätte es begrüßt, wenn Sie dort auch die örtlichen CSU-Abgeordneten eingebunden hätten.

Es ist interessant, Sie spielen hier immer die beleidigten Leberwürste, wenn Sie etwas aus der Zeitung erfahren. In Wirklichkeit aber waren Sie selber zu schusselig, sich darum zu kümmern.

Ganz konkret aber noch einmal zu ein paar Argumenten, die Sie heute zu diesem Bundesverkehrswegeplan ins Feld geführt haben. Herr Güller, dieser Verkehrswegeplan wird deswegen den Interessen des Freistaates Bay-

ern nicht gerecht, weil er mit keinem einzigen Jota auf die Zukunft ausgerichtet ist. Er geht überhaupt nicht ein auf die Osterweiterung und auf den Zugang zu den außerbayerischen Märkten in Norditalien, in der Schweiz und in Österreich. Die schwäbische und auch die bayerische SPD haben hier kläglich versagt, weil sie nicht in die Zukunft geblickt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Sie wissen doch genauso gut wie wir, welche Zunahme an Güterverkehrsleistungen der Freistaat Bayern zu erwarten hat und dass wir deswegen mehr gefordert sind als die anderen Bundesländer. Wir sind auch mehr gefordert als die anderen Flächenländer. Wir haben Gebiete, die an die tschechische Republik angrenzen, und wir brauchen die österreichischen, die Schweizer und die italienischen Märkte. Vergessen Sie bitte auch nicht, dass der Freistaat Bayern in der Bundesrepublik der Wachstumsmotor mit dem größten Wirtschaftswachstum ist. Deshalb braucht das Flächenland Freistaat Bayern eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, hören Sie mir bitte einmal kurz zu, damit Sie endlich mit Ihren Märchen über die Finanzierung der Bundesfernstraßen durch die alte Regierung Kohl/Waigel aufhören. In den Jahren 1990 bis 1998 ist mit völlig regulären Haushaltsmitteln im Bundesfernstraßenbau sehr viel passiert, sonst hätten wir die deutsche Wiedervereinigung verkehrspolitisch nicht bewältigen können. Sie dagegen kassieren beim Bürger nur ab, geben für die Straßen aber nichts aus. 3,4 Milliarden nehmen Sie aus der LKW-Maut ein. Im Jahre 1999 haben Sie rund 4,3 Milliarden DM aus der Öko-Steuer eingenommen. Im laufenden Jahr 2003 wird diese rot-grüne Bundesregierung zirka 20 Milliarden DM an Öko-Steuer einnehmen. Sie haben den Leuten versprochen, dass damit die Rentenbeiträge gesenkt werden. Am 1. Januar haben wir es erlebt, dass die Rentenbeiträge in die Höhe gegangen sind, während im Bundesfernstraßenbau eklatant wenig passiert. Das ist Rosstäuscherei und Wählertäuschung, nichts mehr und nichts weniger!

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Strasser (SPD): Schlichtweg falsch! Keine Ahnung!)

Jetzt zu den Projekten, die Minister Beckstein angeführt hat. Denken Sie doch einmal mit! 450 Projekte hat der Freistaat Bayern angemeldet. 60 davon haben Sie selbst als indisponibel bezeichnet, also als wichtig und sehr vordringlich. 119 haben Sie in den Vordringlichen Bedarf aufgenommen. 200 Projekte von den 450 verschieben Sie auf den Zeitraum nach 2015, und 70 Projekte tauchen gar nicht mehr auf.

(Schläger (SPD): Der Brief ans liebe Christkind!)

Das Schlimmste ist aber Folgendes: Dieser Bundesverkehrswegeplan enthält 47,8 Milliarden €, also knapp 48 Milliarden. Davon entfallen auf den Freistaat 6,5 Milliarden €. In diese 6,5 Milliarden € ist allerdings schon das miteingerechnet, was seit 2001 verbaut worden ist. Sie stellen sich hierher und behaupten, Sie gäben dem Frei-

staat Geld. Dabei handelt es sich allerdings teilweise um Geld, welches schon längst verbaut worden ist. Es sind konkret 580 Millionen DM. Deshalb erwarten wir von der bayerischen SPD, dass sie den bayerischen Interessen und den Zukunftsherausforderungen in der Verkehrspolitik des Freistaates Bayern gerecht wird. Dieser Bundesverkehrswegeplan ist für uns eine Mogelpackung. Er ist dramatisch unterfinanziert, und er benachteiligt Bayern in eklatanter Weise. Deshalb bitte ich Sie, den Dringlichkeitsantrag der SPD abzulehnen und dem der CSU zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Nächster Redner ist Kollege Dr. Runge.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir, die Grünen im Landtag, haben nie gesagt, Bayern sei hervorragend bedient worden. Wir sagen aber umgekehrt: Schluss mit der Maßlosigkeit! Sie sagen, bestimmte Projekte seien besonders dringlich, und dafür sei kein Geld vorhanden. Sorgen Sie doch endlich dafür, dass das Geld freigebracht wird. Sie haben doch für Ihre Milliardengräber Geld abgezogen, das anderswo viel dringender gebraucht worden wäre. Sie werden das auch weiterhin tun. Der Transrapid ist der nächste Fall. Hier greifen Sie doch ganz massiv in die Verkehrstöpfe hinein, auch wenn Sie es immer bestreiten.

Wir brauchen uns aber gar nicht bei den Großprojekten aufhalten. Anderswo verhält es sich ganz genauso. Das gleiche Spiel treiben Sie bei den Straßen, egal ob Staatsstraßen oder Bundesstraßen. Wenn eine Ortsumfahrung gebaut wird und das nachgeordnete Straßennetz angebunden werden soll oder queren soll, wird immer die teuerste und größte Lösung gewählt. Das heißt also, es werden immer riesige Brückenbauwerke mit Einschleifungen statt eines Kreisels gebaut, welcher preisgünstiger wäre. Die Begründung des Straßenbauamtes und der CSU lautet immer unisono, unter einem Kreisels könnte der Verkehrsfluss leiden. So ziehen Sie Gelder ab, jammern aber andererseits.

Herr Beckstein – dieses Mal die richtige Seite –, ich habe schon fast den Eindruck, Sie müssten in die Wortwahl und in den Slang des Verkehrsministers Otto Wiesheu einfallen, weil er heute nicht hier ist. Zu Herrn Maget haben Sie „abenteuerlich blöd“ oder „unanständig“ gesagt. Sie haben Herrn Maget kommentiert, „er hätte keine Ahnung von Franken“. Das weiß ich jetzt nicht, denn ich habe wiederum keine Ahnung davon, ob Herr Maget Ahnung von Franken hat. Ich weiß aber, dass Sie, Herr Beckstein, zum Beispiel keine Ahnung vom Isartal, vom Gleißental, vom Kreuzlinger Forst oder vom Forstenrieder Park haben. Trotzdem schwafelten Sie vor zwei Monaten abenteuerlichen Blödsinn zum A 99-Südring.

Genauso haben Sie sich zur A 94 geäußert. Hier wird es aber wirklich äußerst ärgerlich. Das, was an dieser Stelle von mehreren Rednern der CSU zur A 94 gesagt wurde, ist lächerlich und infam. Sie haben doch jahrzehntelang

– über 30 Jahre hinweg – die Bevölkerung – unfall- und staugeplagte Autofahrer und lärmgeplagte Anwohner – in Geiselhaft genommen. 1991 wurde endlich das vergleichende Raumordnungsverfahren durchgeführt. Das Ergebnis war ganz eindeutig, dass die Trasse über Haag wesentlich geeigneter ist als die Trasse über Dorfen. Das wurde von Ihren bayerischen Behörden bestätigt. Was machten Sie? Sie beharrten weiterhin auf der Trasse über Dorfen. Dass dann der Bau der A 94 länger dauert, beklagen Sie wieder scheinheilig mit Ihren Krokodilstränen. Hier passen die Verkehrskonferenzen als billiger Populismus und als billiger Wahlkampf sehr gut dazu. Sie haben immer nur eine riesige Wunschliste, aber es gibt kaum Prioritäten. Die Schuld dafür, dass nichts vorangeht, wird beim Bund abgeladen. Das ist unanständig, um in Ihrer Wortwahl zu bleiben, Herr Beckstein. Damit schaden Sie, meine Damen und Herren von der CSU und von der Staatsregierung, Bayern wirklich, und deshalb fordern wir Sie auf, das endlich bleiben zu lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hartmann.

Hartmann (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Wortwahl von Staatsminister Beckstein und auch die Aufgeregtheit, die dahinter zu erkennen war, waren verräterisch. Sie haben nämlich gezeigt, dass er wider sein eigenes Gewissen einen soliden Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes schlecht zu machen versucht. Ich will diese Behauptung auch begründen.

Die Länderquote bei den neuen Vorhaben – ich spreche ausdrücklich von den neuen Vorhaben – im Bundesverkehrswegeplan für Bayern wurde von 14,1% auf 16,1% angehoben, obwohl im neuen Entwurf die Verkehrsprojekte deutsche Einheit als auslaufende Projekte betrachtet werden und daher nicht mehr die Bedeutung haben wie im alten Bundesverkehrswegeplan. Das Gleiche gilt auch für die fränkischen Interessen. Die fränkischen Interessen sind in dem neuen Entwurf – realistisch gesehen – sehr gut berücksichtigt worden. Ich sage deswegen realistisch, weil Luftbuchungen ohne absehbares Baurecht nur dazu dienen, dass der Herr der hunderttausend Schlaglöcher mit steigender Tendenz sein Lamento über die Benachteiligung Bayerns anstimmen kann. Ich sage auch, dass sich der Frankenfaktor bei den noch nicht begonnenen Projekten im Vordringlichen Bedarf sehen lassen kann. Dieser Faktor trägt sehr wohl der absehbaren Entwicklung durch die EU-Osterweiterung Rechnung.

Ich kann aus Zeitgründen nur wenige Maßnahmen als Beispiele erwähnen. Es handelt sich unter anderem um Projekte, auf deren Realisierung die Bevölkerung in den 16 Jahren der Kohl-Regierung vergeblich gewartet hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns zum Beispiel darauf, dass es gelungen ist, in Unterfranken den sechsstreifigen Ausbau der A 3 von Aschaffenburg bis Schlüsselfeld durchgängig in den

vordringlichen Bedarf aufzunehmen. Wir freuen uns darüber, dass die Ortsumfahrungen von Biebelried und Giebelstadt in den vordringlichen Bedarf aufgenommen worden sind. Wir freuen uns darüber, dass in Mittelfranken bei der A 6 zwischen Roth und Nürnberg-Ost der sechsstreifige Ausbau erfolgt. Die A 73 von Nürnberg-Hafen bis Nürnberg-Süd soll in absehbarer Zeit sechs- bzw. achtstreifig ausgebaut werden. Auch die Ortsumfahrung Merkendorf an der B 13 soll gebaut werden.

In Oberfranken ist natürlich die Elektrifizierung der Schienenstrecke Nürnberg-Marktredwitz-Hof-Reichenbach bis zur Landesgrenze bei Eger vordringlich. Vordringlich ist aber auch die vierspurige Anbindung des Grenzüberganges Schirnding von der A 93 her. „Vordringlich“ heißt, dass sich die Maßnahmen im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Bewertungsverfahrens als bauwürdig erwiesen haben, das heißt, es besteht ein uneingeschränkter Planungsbedarf, und die Projekte sind im zur Verfügung stehenden Finanzrahmen finanzierbar. Es handelt sich also nicht um Luftbuchungen, wie das im alten Bundesverkehrswegeplan der Kohl-Regierung im großen Stil von etwa 45 Milliarden € für Maßnahmen, für die ein Baurecht nicht absehbar war, der Fall war.

Ich muss auch noch auf eine Altlast Marke CSU zu sprechen kommen, die bisher noch nicht erwähnt wurde: Es geht um die Abstufung von autobahnparallelen Bundesstraßen zu Staatsstraßen. 1987 wurde von der damaligen Bundesregierung auf Veranlassung des Bundesrechnungshofs ein erstes Konzept vorgelegt, das 1995 zur Netzbereinigung nach funktionalen Maßstäben weiterentwickelt wurde. Danach sind für Bayern 1089 km zur Abstufung vorgesehen, aus damaliger Sicht von 1995 davon 592 km sofort und 497 km später. Vollzogen sind nur wenige geringe Teilstrecken. Wo liegt das Problem? Eine Reihe von Ortsumfahrungen an Bundesstraßen, die abgestuft werden sollen, sind deshalb im Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans nicht mehr enthalten. Ich nenne zum Beispiel die Ortsumfahrungen von der B 19 Werneck, Bergtheim und Unterpleichfeld. Wer jetzt annimmt, dass genau diese Ortsumfahrungen im sechsten Ausbauplan für die bayerischen Staatsstraßen enthalten sind – was ja logisch wäre, nachdem die Staatsregierung ihr eigenes Konzept, das sie im Bund unter CSU-Regierungsverantwortung mit beschlossen hat, in Bayern umsetzt –, der wird sich täuschen; denn im sechsten Ausbauplan sind diese Maßnahmen auch nicht enthalten. Das heißt, die CSU hat das von ihr selbst beschlossene Abstufungskonzept nicht umgesetzt, obwohl sie im Bund und im Freistaat die Regierungsverantwortung und damit alle Möglichkeiten hierzu hatte. Sie betrieb eine Verkehrspolitik auf dem Rücken der Bürger, die an von Lärm und Abgasen geprägten Ortsdurchfahrten leben. Mein Fazit: Den Bürgerinnen und Bürgern ist ein realistischer Entwurf, in dem zwischen Soll und Haben keine Lücke von 90 Milliarden DM oder 45 Milliarden € klafft, lieber als ein Märchenbuch, wie es 1992 von der alten Bundesregierung unter Mitverantwortung der CSU aufgelegt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Dingreiter.

Dingreiter (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Hartmann hat gerade wieder einmal gesagt, es handle sich um einen soliden Entwurf.

(Hartmann (SPD): Weil er finanziert ist!)

Tatsache ist, dass wir 13,66% des Gesamtbetrages für Bayern bekommen. Sie können Zwischenrechnungen aufstellen, so viele wie Sie wollen: An der Gesamtsumme, von der wir ausgehen müssen, ändert sich deshalb nichts. Ich sage Ihnen auch: Ich bin mit dem Staatsstraßenhaushalt nicht zufrieden, ich hätte gerne mehr. Wenn wir mehr Steuereinnahmen hätten, die wir aber leider wegen der verfehlten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung nicht haben, könnten wir mehr tun.

(Zuruf des Abgeordneten Güller (SPD))

– Herr Güller, reden Sie bitte von den Dingen, von denen Sie etwas verstehen. Davon verstehen Sie wenig.

Wenn wir die Möglichkeit hätten, das Geld so zu schöpfen, wie der Bund das tut, nämlich über Ökosteuern oder Maut, dann könnten wir leicht große Sprünge machen, aber wir haben in Bayern diese Möglichkeit leider nicht, sondern müssen diese Vorhaben aus dem normalen Haushalt finanzieren.

Sie nehmen – Herr Gantzer ist leider nicht mehr da – immer einige Punkte heraus, die Ihnen gefallen, und selektieren dann.

(Frau Radermacher (SPD): Was machen denn Sie?)

Ich nenne Ihnen ein paar andere Punkte: Die Autobahn A 8 im Osten ist eine Vorkriegsautobahn ohne Standstreifen mit einer starken Verkehrszunahme im Zusammenhang mit der Ost-West-Erweiterung. Dafür ist bis 2015 keine Mark vorgesehen. Ich greife einen anderen Punkt auf, bei dem Sie sich in Widersprüche verwickeln: Als wir gesagt haben, wir wollten den Münchner Südring prüfen lassen, weil wir Schwierigkeiten bei der A 99 haben, da kamen von der Münchner SPD die Argumente, wir hätten doch die A 15 im Süden, die neu gebaut werden müsse, da brauchen wir doch für das andere Projekt keine Mittel. Jetzt aber haben Sie die A 15 neu völlig herausgenommen; sie ist nicht einmal mehr im weiteren Bedarf enthalten. Das sind doch viel gravierendere Widersprüche, die man so nicht stehen lassen kann.

Ich will etwas zu den Behauptungen, wir hätten bis 1998 nicht mehr gemacht, sagen: Wir haben bis 1990, bis zum Beginn des Verkehrswegeplanes, der damals entwickelt wurde – –

(Hartmann (SPD): Sie haben nichts gemacht!)

– Nein, lesen Sie einmal die Protokolle nach. Wir sind von Ihnen für jede Maßnahme geprügelt worden, die damals geplant worden ist. Jetzt wollen Sie es besser wissen. Es ist doch unglaublich, was Sie jetzt tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich darf Ihnen auch sagen: Wir haben bis 1990 sicher keinen so großen Bedarf wie heute gehabt, weil sich der Verkehr in der Zwischenzeit auf vielen Strecken verdoppelt hat. Das ist die Realität. Wir haben 1990 auch berücksichtigen müssen, dass der Verkehrswegeplan Deutsche Einheit realisiert werden musste. Wir sind in Bayern dabei durchaus gut weggekommen. Wir haben das gewürdigt und deswegen mit Murren die Rückstufung von 19,3% auf 14% akzeptiert. Wir haben sie aber nicht auf Dauer akzeptiert; Sie können das im Landtagsprotokoll nachlesen. Wir müssen jetzt andere Forderungen stellen, weil sich der Verkehr verändert hat. Da Sie ansprechen, wie wir mit dem Bundesverkehrswegeplan umgehen – Herr Maget hat es angesprochen –, dann muss ich Ihnen sagen: Wir haben in Bayern gegen die damalige Bundesregierung unter der Verantwortung von Bundeskanzler Kohl massiv protestiert, weil wir zu wenig Geld bekommen hatten. Wir wollten 1997 eine Maut einführen, die 4 Milliarden Mark – –

(Frau Radermacher (SPD): Sie haben doch den Finanzminister gestellt!)

– Wir von der CSU haben uns getraut, gegen die eigene Bundesregierung für die Interessen Bayerns zu kämpfen.

(Hartmann (SPD): Wirkungslos!)

Sie dagegen kuschen nur und verteidigen noch, was zu Lasten Bayerns an Fehlern gemacht wird.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in den 90er-Jahren – Sie können sich das von der Bayerischen Obersten Baubehörde bestätigen lassen – immer eine ganze Menge an zusätzlichen Mitteln bekommen, weil Bayern eine ganze Reihe baureifer Projekte hatte.

(Zuruf des Abgeordneten Hartmann (SPD))

– Reden Sie nicht ständig dazwischen.

Wir haben Mittel abrufen können, die anderswo nicht verbaut worden sind. Der jetzige Finanzminister zieht diese Gelder ein, er nimmt sie in den Haushalt auf und gibt sie nicht mehr für Verkehrsprojekte aus. Das fehlt uns heute, und aus diesem Grunde haben wir in den letzten Jahren viel weniger bauen können, als es früher der Fall war.

Dieser Verkehrswegeplan benachteiligt Bayern. Wenn Sie für Bayern etwas tun wollen, dann kämpfen Sie mit uns, um mehr Geld für die Infrastruktur dieses Landes zu bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Die Aktuelle Stunde ist beendet. – Ich lasse jetzt über die mitberatenden Dringlichkeitsanträge abstimmen: Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend „Bundesverkehrswegeplan nachbessern“ auf Drucksache 14/12059 abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Herr Kollege Hartenstein. Damit ist der Antrag angenommen.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Bundesverkehrswegeplan 2003; Realistische Grundlage für die Zukunft der Mobilität in Bayern“ auf der Drucksache 14/12064 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU und Herr Kollege Hartenstein. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Ich rufe erneut auf:

Tagesordnungspunkt 9

Antrag der Abgeordneten Dr. Hahnzog, Volkmann und anderer (SPD)

Bürokostenentschädigung für Gerichtsvollzieher (Drucksache 14/10812)

Die Aussprache hat bereits gestern stattgefunden. Es findet jetzt nur noch die Abstimmung über diesen Antrag statt. Der federführende Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Kollege Hartenstein. Gegenstimmen? Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 4 h

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung denkmalrechtlicher Vorschriften (Drucksache 14/12042)

– Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Das Wort hat Herr Staatsminister Zehetmair.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, Hohes Haus! Denkmalschutz und Denkmalpflege haben in Bayern einen guten Stand. Die Leistungen der beteiligten staatlichen, aber vor allem auch der kommunalen, der kirchlichen und der privaten Stellen hat die Staatsregierung in ihrer Beantwortung der Interpellation der Abgeordneten Glück, Freiherr von

Redwitz, Dr. Spaenle, Dr. Wilhelm, Kuchenbaur und CSU-Fraktion zum Thema Denkmalschutz in Bayern im Sommer 2001 im Einzelnen dargestellt. Wir hatten uns im Laufe der vergangenen Monate darum bemüht, eine Fortschreibung des Gesetzes, das seit 1973 bewährt ist, vorzunehmen. Ich will gleich mit dem ersten Punkt beginnen, damit klar wird, dass ich vor Ihnen nichts schönreden will.

Meine eigentliche Zielsetzung, nämlich bei der Bodendenkmalpflege eine klare Regelung zur Kostentragung zu bekommen, konnte ich nicht erreichen. Der gesamte kommunale Bereich hat sich massiv dagegen gewandt, alle kommunalen Gliederungen. Gestern hat dieses Hohe Haus die Frage der Finanzsituation der Kommunen behandelt und hat trotz unterschiedlicher Akzente letztlich festgestellt, dass hier dringend Handlungsbedarf für die Gemeindefinanzreform besteht. Dazu kommt, dass dieses Hohe Haus gestern einstimmig die Einführung des Konnexitätsprinzips auf den Weg gebracht hat.

Beides bedeutet, dass es der Respekt gegenüber den betroffenen Straßenbauern gebietet – im Übrigen auch auf der staatlichen Seite des Straßenbaus –, dass wir uns dieser mühsamen Prozedur noch einmal stellen. Das bedeutet, dass dies eine wichtige Aufgabe der kommenden Legislaturperiode sein wird. Herr Kollege Regensburger, ich mache mir keine Illusion: Es geht nur, wenn wir eine andere finanzielle Basis für die Kommunen als Betroffene schaffen können.

Auch der Hinweis, dass man Private entsprechend beanspruchen müsse, greift in keinem Land so richtig, weil als Basiswert die Überschreitung der 500 000 Euro-Grenze angesetzt wird. Das bedeutet für Otto Normalverbraucher, dass er darunter liegt. Diesen Punkt wollte ich am Anfang bringen, um klar zu sagen, dass diese schwierigen Fragen noch eine lange Zeitspanne in Anspruch nehmen und deren Beratung sicher weit in die kommende Legislaturperiode hineinreichen wird.

Die Bestimmungen des bayerischen Denkmalschutzgesetzes über die Bau- und Kunstdenkmalpflege haben sich im Wesentlichen bewährt. In einigen Bereichen bestehen jedoch Möglichkeiten, durch Abänderung des Gesetzes Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und Zuständigkeiten anzupassen. Natürlich haben wir dann auch die Gelegenheit wahrgenommen, einige redaktionelle Korrekturen vorzuschlagen.

Lassen Sie mich die wesentlichen Punkte aufzählen: Erstens. Bei der Behandlung von Veränderungen bei Ensembles wird das denkmalschutzrechtliche Erlaubnisverfahren gelockert. Das heißt konkret, Maßnahmen im Innern von Nicht-Denkmalern in Ensembles, die ohne Auswirkung auf das Ensemble sind, werden künftig erlaubnisfrei gestellt.

Zweitens. Für Bauvorhaben des Bundes, der Länder und der Bezirke soll entsprechend der Regelung in der Bayerischen Bauordnung eine Anpassung der Zuständigkeit vorgenommen werden. Künftig sollen in diesen Fällen auch für den Denkmalschutz die Zuständigkeiten bei den Regierungen gebündelt werden. Damit wird das Denkmalschutzrecht mit dem Baurecht und benachbarten

Rechtsgebieten harmonisiert und eine Erleichterung der Verfahren bewirkt.

Drittens. Die Untersuchung des Denkmalschutzrechts und der Denkmalschutzverwaltung hat gezeigt, dass die bisherige Regelungstechnik für Archivgut und das Fehlen einer Regelung für bestimmte Bereiche beim Bibliotheksgut und bei Kunstsammlungen nicht befriedigend war. Mit der Neuregelung gehen wir den Weg einer bereinigten Lösung für alle denkmalpflegerischen Aufgaben, das heißt, Konzentration beim Landesamt für Denkmalpflege.

Die Bestimmung über die Forschungstätigkeit des Landesamts für Denkmalpflege wird präzisiert und deutlich auf die praktischen Bedürfnisse ausgerichtet. Das heißt jedoch nicht, dass die hohe Qualität der Forschung des Landesamtes als Kriterium hintangestellt wird.

Die bisher dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege zugeordnete Landesstelle für nichtstaatliche Museen soll zum Bayerischen Nationalmuseum verlagert werden. Die Landesstelle hat gegenüber den übrigen Bereichen des Landesamtes ein weitgehend eigenständiges Profil entwickelt und ist in der täglichen Praxis so gut wie ausschließlich im Museumsbereich tätig. Auch das für die Zukunft vorgesehene gemeinsame Informationszentrum der bayerischen Museen im Alten Hof in München wird von der Landesstelle und den in Betracht kommenden staatlichen Museen gemeinsam unterhalten. Die Logik ergibt die Zuordnung; eine gesetzliche Verankerung im Denkmalschutzgesetz kann entfallen.

Es ist eine Kleinigkeit, dass die nichtparlamentarischen Mitglieder ebenfalls auf fünf Jahre gewählt werden entsprechend der Dauer der Legislaturperiode des Bayerischen Landtags. Artikel 12 Absatz 3 hat nie gegriffen und soll deshalb gestrichen werden. Im Wege der Harmonisierung des Denkmalschutzrechts mit dem Baurecht soll eine Terminsetzung von einem Monat eingeführt werden. Das alles hat auch mit dem Abbau von Vorschriften zu tun, also mit Deregulierung. Wir dürfen nicht nur darüber reden, sondern müssen in allen Gesetzen versuchen, das auch zu tun.

Die Vorschrift über kirchliche Denkmäler hat sich bewährt. Sie wird den gegenwärtigen staatskirchlichen Gegebenheiten angepasst.

Das zweite Gesetz zur Zinsverbilligung für Darlehen für die Instandsetzung von Kunstdenkmälern im nichtstaatlichen Besitz ist gegenstandslos geworden und soll aufgehoben werden. Gleiches gilt für die Verordnung, durch die denkmalpflegerische Aufgaben auf die Generaldirektion der staatlichen Archive Bayerns übertragen wurden. Diese Verordnung ist durch die bereits genannte Konzentration der denkmalpflegerischen Aufgaben beim Landesamt gegenstandslos geworden und soll aufgehoben werden.

Im Übrigen handelt es sich um redaktionelle Anpassungen. Es war natürlich zu bemerken, dass unmittelbar Betroffene die Vorschriften gern aufrechterhalten und neue dazunehmen würden. Wenn wir aber eine glaub-

würdige Konzeption haben wollen, weniger Vorschriften zu erhalten, dann ist das die Grundlage, die ich diesem Hohen Haus im Namen der Staatsregierung vorlege mit der Bitte, es möglich zu machen, dass die Änderungen grundsätzlich zum 1. August 2003 in Kraft treten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Ich eröffne die Aussprache. Ich erinnere an die Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion. Erster Redner: Kollege Odenbach.

Odenbach (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Berg hat gekreißt und ein Mäuslein geboren – anders kann man diesen Gesetzentwurf beim besten Willen nicht bewerten. Mit seiner Presseerklärung im Vorfeld dazu hat der zuständige Minister den wirklichen Anliegen des Denkmalschutzes in unserem Land einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Diese Presseerklärung war offenbar ein Versuch, diesen Gesetzentwurf optisch sichtbar zu machen, und zwar durch Aufblasen auf Erbsengröße.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie hier bieten, ist negativer Denkmalschutz, negative Denkmalpolitik. Dabei hatten wir in Bayern einstmals einen hohen, überall geschätzten und zum Teil sogar bewunderten Stand im Denkmalschutz und in der Denkmalpflege. Dass wir heute nicht noch weiter abgesunken sind, ist ausschließlich – trotz aller von oben verordneten Widrigkeiten und Verschlechterungen – dem Landesamt für Denkmalpflege und seinen äußerst engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verdanken.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb gilt unser Dank ausschließlich und allein diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Der vorgelegte Entwurf zeigt, dass die Staatsregierung keinerlei Interesse an einem modernen Denkmalschutzrecht in Bayern hat.

Dieser Gesetzentwurf bringt weitgehend Marginales. Wieder einmal wird die für unsere Museumskultur im Lande sehr wichtige – ich betone dies ausdrücklich – Landesstelle für nichtstaatliche Museen umressortiert. Die Gründe sind zwar einleuchtend, sind aber die gleichen, die damals schon gegolten haben, als man diese Landesstelle vom Nationalmuseum wegnahm. Diese Maßnahme ist geradezu typisch für das Wenige, das Sie hier einbringen. Bewegung wird vorgetäuscht, und in Sachen Fortschritt für den Denkmalschutz wird auf der Stelle getreten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Überschriften werden geändert, Zuständigkeiten neu geregelt. Zum Nachteil des Landesamtes für Denkmalpflege wird der originäre Forschungsauftrag dieses Landesamtes eingeschränkt und das auch noch als Fortschritt verbrämt. Im Vorblatt wird Selbstbespiegelung betrieben und sich auf die Schulter geklopft. Angesichts

der in den letzten zehn und mehr Jahren erfolgten massiven Verschlechterungen bei der Finanzierung des Denkmalschutzes und des dringenden Reformbedarfes in diesem Bereich ist das fast der Versuch der Volksverdummung.

Dieser Entwurf ist das von der Staatsregierung für sie selbst ausgestellte Armutszeugnis in Sachen Denkmalpolitik. Praktisch alles, was zu verändern wichtig wäre, alles was Fortschritt und Besserung bringen würde, ist nicht vorhanden, wurde ausgespart. Die am häufigsten gebrauchte Formulierung lautet: Die Änderung ist redaktioneller Art. Was uns da vorgelegt wird, ist wirklich viel Lärm um Nichts. Statt notwendiger Innovationen, Herr Staatsminister, bieten Sie dem Denkmalschutz in Bayern neue Interpunktionen. Statt neuer Arbeitsweisen und einer notwendigen finanziellen Verstärkung bieten sie denkmalschutzpolitische Wassersuppe.

(Beifall der Frau Abgeordneten Dr. Baumann (SPD))

Darauf, dass die Schmerzgrenze im Bayerischen Denkmalschutz schon längst überschritten ist, hat auch der Landesdenkmalrat schon mehrfach mit mahnenden Worten hingewiesen, im Übrigen auch die Vorsitzenden dieses Denkmalschutzes, der ausgeschiedene und der neue Vorsitzende. Beide sind ja langjährige Mitglieder der CSU-Fraktion.

In diesem Sinne, Herr Kollege Dr. Spaenle – ich weiß nicht, ob er da ist, vielleicht interessiert es ihn auch nicht; er ist da –, kann ich Ihnen nur raten: Beschädigen Sie das Renommee des Vorsitzenden des Landesdenkmalrates, der Sie ja sind, nicht dadurch, indem Sie versuchen, das zu loben, was man uns hier vorgelegt hat. Für diesen jämmerlichen Gesetzentwurf gibt es nur eine Lösung in zwei Schritten, Herr Kollege Dr. Spaenle. Erstens: Sagen Sie besser nichts dazu. Zweitens: Sorgen Sie dafür, dass er zurückgezogen wird. Mehr ist er nämlich nicht wert. Sorgen Sie lieber gemeinsam mit uns dafür, dass unser Denkmalschutz wieder nach vorne kommen kann, dorthin, wo wir einmal waren und wo jetzt andere sind, nämlich an die Spitze.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Spaenle.

Dr. Spaenle (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Kollege Odenbach, das „Viel Lärm um Nichts“ hallt mit großem Donnerhall dorthin zurück, wo es herkommt. Der Denkmalschutz in Bayern hat – das ist, glaube ich, nicht nur innerhalb der Bundesrepublik, sondern auch europaweit unumstritten – internationales Spitzenniveau, und dies seit Jahrzehnten. Das Bayerische Denkmalschutzgesetz bietet eine der hervorragendsten gesetzlichen Grundlagen, um Denkmalschutz von der Basis bis zur Spitze in guter Qualität in der Praxis umzusetzen.

Ich kann mich Herrn Kollegen Odenbach anschließen: Wir haben eine Denkmalschutzverwaltung, die auf höchstem fachlichen Niveau, ausgehend vom Einzelfall

bis hin zur internationalen Forschungslandschaft – ich denke etwa an den Beitrag zum Erhalt der chinesischen Tonkrieger-Armee, die in München eindrucksvoll zu besichtigen war –, einen Beitrag geleistet hat. Sie hat auch im technologisch-innovativen Bereich internationales Spitzenniveau.

Das Denkmalschutzgesetz selbst sieht eine ausgewogene Aufgabenverteilung und Instrumentierung vor. Beim Denkmalschutz geht es oft um schwierige Einzelfallentscheidungen. Denkmalschutz ist immer ein konfliktreicher Abwägungsprozess. Das ist Denkmalschutz: schwierige Güterabwägung. Ich bin bemüht, das kulturelle Erbe zu erhalten, bin aber gleichzeitig bemüht und muss bemüht sein, den Denkmalschutz in Vereinbarkeit mit den Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung zu bringen und dabei das wesentliche kollektive Gedächtnis unseres Landes, unseres Kulturstaates Bayern zu erhalten. Insofern ist eine vorsichtige, überlegte, mit Augenmaß betriebene Fortentwicklung des Denkmalschutzrechtes angebracht.

Ich möchte – da sind wir einer Meinung, das darf ich als Vorsitzender des Landesdenkmalrates sagen – genau das anmahnen, was Herr Staatsminister schon angesprochen hat. Wir stehen vor einem wichtigen Reformdesiderat des Denkmalschutzrechtes, nämlich vor der grundlegenden Überarbeitung und Novellierung des Bodendenkmalschutzes. Warum stehen wir in diesem Bereich vor so großem Handlungsbedarf, der aber eine präzise und wohlüberlegte Handlungsweise voraussetzt? – Weil wir seit dem In-Kraft-Treten des Denkmalschutzgesetzes durch die großen Erfolge bei der Luftbildarchäologie eine nahezu explosionsartige Vermehrung von Fundstellen haben und dadurch in die Lage versetzt sind, an einer Vielzahl von Stellen und Orten zusätzliche denkmalschutzpflegerische Fälle, auch Konfliktfälle zu lösen.

Deshalb ist auch die eindeutige Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände zur Neufassung des Veranlasserprinzips bei der Bodendenkmalpflege von hohem Gewicht. Der Landesdenkmalrat ist einstimmig der Meinung, dass die Einführung des Veranlasserprinzips richtig ist. Deshalb sind wir gut beraten, dieses in der notwendigen Seriosität und Gründlichkeit anzugehen, um damit auch eine notwendige finanzielle Ausgleichsmöglichkeit sowohl für Privateigentümer als auch für öffentliche Träger von Baumaßnahmen und für öffentliche Grundeigentümer auf den Weg zu bringen.

So wichtig dieser Teil einer möglichen Denkmalschutznovelle sein würde – zum jetzigen Zeitpunkt, zum Ende einer Legislaturperiode wären wir schlecht beraten, dies über das Knie zu brechen.

Im folgenden Punkt stimme ich mit allen Kollegen im Landesdenkmalrat überein. Wir stehen vor der schwierigen Situation, dass wir seit einer Reihe von Jahren einen deutlichen Rückgang der operativen Mittel zu verzeichnen haben. Hier ist Nachbesserung notwendig – das sage ich ganz deutlich.

(Beifall der Abgeordneten Odenbach (SPD) und Dr. Schuhmann (SPD))

Ich sehe es auch als meine Verpflichtung an, zu diesem Thema hier Stellung zu nehmen. Ich würde es mit meinem Amtsverständnis nicht vereinbaren können, dem Rat des Kollegen Odenbach zu folgen und zur Denkmalschutzpflege in diesem Hause nichts zu sagen.

Ich weiß mich da in Übereinstimmung mit einer Vielzahl von Kollegen. Sie wissen aber um die Haushaltszwänge. Auch dazu stehe ich ganz eindeutig. Ich habe überhaupt keine Probleme, diesbezüglich meine Verantwortung als Mitglied dieses Hauses, auch als Mitglied der Regierungsfraktion, mit meiner Verantwortung als Vorsitzender des Landesdenkmalrates in Übereinstimmung zu bringen. Es ist Aufgabe aller derer, die sich für Denkmalschutz engagieren, gerade derer, die dies im institutionellen Rahmen machen, alles zu tun, um eine Verbesserung der Finanzsituation für die Denkmalschutzpflege in Bayern herbeizuführen.

Ich glaube, dass wir mit einer Reihe von Einzelmaßnahmen, die wir mit diesem Gesetzentwurf vorliegen haben, notwendige Reformen der praktischen Denkmalschutzpflege erreichen. Ich könnte mich natürlich in ähnlich polemischer Weise zu den Einlassungen des Kollegen Odenbach äußern. Ich meine aber, dass wir mit diesem Gesetzentwurf und den darin enthaltenen Einzelmaßnahmen einen Schritt voran tun.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gote.

Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich fürchte, ich werde an diesem Punkt heute meiner Rolle als Oppositionspolitikerin nicht in vollem Umfang gerecht. Ich bin nahezu versucht, mich Ihren Ausführungen anzuschließen, Herr Minister, auch wenn es mir schwer fällt.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Natürlich ist das, was hier vorgelegt wird, kein großer Wurf für den Denkmalschutz. Das nimmt der Entwurf aber auch nicht für sich in Anspruch – Sie selbst haben dies am Anfang gesagt.

Ich teile tatsächlich die Kritik, dass wir bei der Bodendenkmalpflege nicht vorangekommen sind. Ich meine, es wäre schon möglich gewesen, heute einen Schritt weiter zu sein, als wir gekommen sind.

Über die Zielrichtung sind wir uns im Landtag einig. Herr Minister, mein Respekt vor den Straßenbauern hält sich in diesem Zusammenhang in Grenzen; das können Sie sich denken. Wenn man weniger Straßen bauen würde, könnte man sofort mehr Bodendenkmäler schützen. In dieser Frage besteht zwischen uns tatsächlich ein Dissens.

(Dr. Spaenle (CSU): Oder Römerstraßen!)

– Herr Kollege Spaenle, über diese Straßen fahren wir dann aber auch mit dem Pferdefuhrwerk. Hinsichtlich der finanziellen Regelung bin ich der Meinung, dass das nicht an den Kommunen hängen bleiben darf. Hier ist der Staat in der Pflicht. Wir werden entsprechende Regelungen finden müssen. Ich hoffe, dass wir am Ende der nächsten Legislaturperiode in dieser Frage weiter als jetzt sein werden.

Der Gesetzentwurf enthält viele vernünftige Regelungen, zum Beispiel zur Vereinfachung von Verfahren und zum Ensembleschutz. Auch die Regelungen zur Anpassung von Zuständigkeiten halte ich für nachvollziehbar. Was die finanzielle Ausstattung angeht, möchte ich mich den Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Spaenle anschließen. Ich freue mich auf die Detaildiskussionen, die wir sicherlich im Ausschuss führen werden. Besonders freue ich mich auf die Beschäftigung mit den Stellungnahmen des Landesdenkmalrats und der Fachleute. Ich hoffe, wir werden in der nächsten Legislaturperiode etwas für die Bodendenkmalpflege in Bayern erreichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Die Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 10

Antrag der Abgeordneten Odenbach, Irlinger, Dr. Baumann und anderer (SPD)

Verstärkung der politischen Bildung (Drucksache 14/9400)

Ich eröffne die Aussprache. Pro Fraktion ist eine Redezeit von 15 Minuten vorgesehen. Das Wort hat Herr Kollege Odenbach.

Odenbach (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, wertere Kolleginnen und Kollegen! In unserem Lande äußert sich leider immer wieder Unmut an der Politik. Der Grund ist meistens, dass die Leute sehr wenig über Politik und politische Abläufe sowie über die Arbeit, die wir in diesem Hause leisten, wissen.

(Beifall bei der SPD)

Die Wissensmängel unserer Schülerinnen und Schüler beim Thema „Politik“ sind vielfach belegt und werden immer wieder beklagt. In unserem Lande darf es beim Thema „Schulen“ nicht nur um die Pisa-Studie gehen. Wichtig ist, dass unsere Schülerinnen und Schüler möglichst viel politische Bildung erfahren und im Rahmen des Bildungsprozesses an der Schule politisches Handeln erleben können.

(Beifall bei der SPD)

Die negativen Folgen werden allseits beklagt. Demokratie lebt jedoch vom Mitmachen. Wir brauchen dafür mehr Möglichkeiten an der Schule.

(Beifall bei der SPD)

Für unsere demokratische Zukunft ist das Mitmachen unserer jungen Menschen erforderlich. Für mich ist deshalb das Engagement unserer schulischen Jugend gegen den anglo-amerikanischen Krieg im Irak ein Glücksfall, den wohl niemand erwartet hat. Wir haben deshalb einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem wir dieses Engagement ausdrücklich unterstützen und es als Zeichen positiven gesellschaftlichen Einsatzes würdigen. Wir fordern Sie dazu auf, diese Zivilcourage zu unterstützen.

Statt unsere Schülerinnen und Schüler für ihr Engagement gegen den Krieg im Irak zu loben und sich darüber zu freuen, bestrafen übereifrige Schulleiter die Schüler an einzelnen Orten disziplinarisch. Was für ein Verbrechen haben diese Schüler begangen, die sich nur für den Frieden auf der Welt eingesetzt haben? –

(Beifall bei der SPD)

Das ist demokratisches Handeln im besten Sinne. Diese Schülerinnen und Schüler tun das Gleiche wie der Papst. Wahrscheinlich hätte der Papst in Bayern auch mit einem Verweis zu rechnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedaure außerordentlich, dass einzelne Schulleiter mit formaljuristischer Amtsautorität reagierten, weil sie offenbar nicht anders zu reagieren wussten. Ich danke ausdrücklich denjenigen Schulleiterinnen und Schulleitern, die in dieser Frage mehr Offenheit und eine demokratische Haltung gezeigt haben. Das war und ist gelebte Demokratie. – Eine Zwischenbemerkung: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir beantragen zu diesem Antrag namentliche Abstimmung.

Mir tun die Schulleiter leid, die als ultima ratio ihrer Pädagogik nicht anders als mit Sanktionen zu reagieren wussten. Sie haben der gelebten Demokratie in unseren Schulen und in unserem Land einen Bärendienst erwiesen. Der zuständige Staatssekretär hat zu diesem Thema immer nur die Schulordnung zitiert.

(Hofmann (CSU): Das ist doch nicht wahr! Das ist eine Lüge! Haben Sie nicht gehört, was er gestern gesagt hat? – Frau Radermacher (SPD): Herr Hofmann, seien Sie vorsichtig!)

Er redet zwar von Pädagogik, tatsächlich klammert er sich aber an die Paragraphen der Schulordnung und an die Amtsautorität.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Kollege Hofmann, wir benutzen diese Ausdrücke in diesem Hause nicht. Jedem Abgeordneten steht das Mikrofon für eine

Gegendarstellung zur Verfügung. Wir sollten beim parlamentarischen Stil bleiben.

Odenbach (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Kollege Hofmann, ich könnte jetzt auf einige Aussagen eingehen, die Herr Staatsminister Dr. Beckstein vorhin abgesehen hat. Diese Aussagen waren ebenfalls hart an der Grenze. Ich möchte „dpa“ zitieren: „Die Strafen für Schüler, die während der Unterrichtszeit an Demonstrationen gegen den Irak-Krieg teilgenommen haben, werden nicht zurückgenommen, so Kultusstaatssekretär Karl Freller.“ Ich begrüße ausdrücklich, dass das Kultusministerium die Schulen gebeten hat, auf die Fragen und Ängste der Schülerinnen und Schüler im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg einzugehen. Gäbe es an den Schulen mehr Möglichkeiten, Demokratie nicht nur als politische Bildung zu erfahren, sondern sie zu leben, wäre es gar nicht denkbar, dass Schülerinnen und Schüler für eine aktive Friedenshaltung mit Sanktionen aus der Schulordnung bedroht würden.

(Beifall bei der SPD)

Mein Kollege Dr. Manfred Scholz hat in der Fragestunde zu diesem Thema hervorragende Formulierungen gefunden. Er hat gesagt, es war ein wunderbares Erlebnis für alle Menschen in unserem Land, die es mit der Demokratie und der Erziehung ernst nehmen, zu sehen, wie diese unsere Jugend in ihrem Engagement für eine friedliche Welt von selbst aktiv geworden ist. Dieses engagierte Handeln unserer Schuljugend zeigt, dass junge Leute sehr wohl für Politik zu haben sind, wenn die Demokratie in der Gesellschaft und vor allem in der Schule Handlungsräume erhält. Sie müssen etwas zu sagen haben und Handlungsfelder erhalten. Dafür wollen wir an unseren Schulen sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Die nach wie vor bestehende Zensur von Schülerzeitungen in Bayern ist ein negativer Mosaikstein des Schullebens. Sie ist eine Belastung und eine Bedrohung für die geistige Freiheit heranwachsender Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

Ich freue mich ausdrücklich über die politische Bildung, die an unseren Schulen derzeit betrieben wird. Allerdings ist das noch viel zu wenig, sowohl für das Fach als auch die Demokratie. In der Hauptschule wurde die politische Bildung in einem Kombifach untergebracht und damit praktisch verringert. In der Realschule sind für die politische Bildung nur in der 10. Jahrgangsstufe zwei Wochenstunden vorgesehen. Im Gymnasium wird dieses Fach in der 11. Jahrgangsstufe in zwei Wochenstunden erteilt. Eine weitergehende Auseinandersetzung mit diesem Fach in der Kollegstufe ist freiwillig.

Deshalb fordern wir mit diesem Antrag die Staatsregierung auf, in allen Schularten die politische Bildung zu verstärken. Dies soll insbesondere durch eine Erhöhung des Anteils in den Lehrplänen, durch eine stärkere Verankerung in den Stundentafeln und durch eine Überprüfung der bestehenden Lehrpläne im Hinblick auf ihre Stimmigkeit erfolgen. Wichtig ist vor allem, dass das

Wissen um den demokratischen Rechtsstaat, um seine Einrichtungen und um politische Abläufe sichergestellt wird.

Die internationalen politischen Aspekte müssen beleuchtet werden. Hier besteht eine große Aktualität. Die politische Bildung muss in allen Jahrgangsstufen der Sekundarstufe 1 sichergestellt werden. Wir wollen eine Verstärkung der Möglichkeiten des Erprobens und Erlebens der demokratischen Vollzüge in unseren Schulen für alle, die dort leben und arbeiten. Das sind die Eltern, die Gemeinden, die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schülerinnen und Schüler.

Wir wollen eine Verstärkung und Ergänzung auch in der Lehrerbildung und – das halte ich auch für sehr wichtig – eine aktuelle Verstärkung und Unterstützung von Forschungen in diesem Bereich.

Meine Damen und Herren, leider haben Sie sich in den Ausschussberatungen gegen diesen Antrag ausgesprochen. Jetzt haben Sie Gelegenheit, diese Sünde wieder gutzumachen. Eine abschließende Bemerkung noch: Das Androhen von Sanktionen in Schulen gegenüber sich demokratisch verhaltenden Schülerinnen und Schülern in Bayern haben eines deutlich gezeigt: Es fehlt in diesem Lande teilweise auch bei der politischen Führung an politischer Bildung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Münzel.

Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Seit den Demonstrationen der Schülerinnen und Schüler gegen den Irak-Krieg mag ich eigentlich gar nicht mehr so recht an die These glauben, dass unsere Schülerinnen und Schüler so unpolitisch wären;

(Beifall des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und des Abgeordneten Gartzke (SPD))

denn sie haben mit ihrem Protest ein hohes politisches Bewusstsein, ein großes Verantwortungsbewusstsein und auch Zivilcourage gezeigt.

Man könnte allerdings auch sagen, dass die Demonstrationen ein Beweis für eine erfolgreiche Erziehung, für eine erfolgreiche politische Bildung in unseren Schulen sind; denn im Prinzip haben die Schülerinnen und Schüler genau das gemacht, wozu wir sie erzogen haben. Wir wollen eigentlich mündige Bürger und mündige Bürgerinnen, die ihren Kopf zum Denken nutzen und nicht irgendwelchen Parolen hinterherlaufen. Wir wollen, dass die Kinder und Jugendlichen Konflikte gewaltfrei lösen. Die Staatsregierung hat sogar ein eigenes Projekt gestartet: „Faustlos“. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche Unrecht gegenüber nicht gleichgültig sind, dass sie hinschauen und handeln und dass sie den Mut haben, Zivilcourage zu zeigen.

Genau das haben die Schülerinnen und Schüler getan. Eine Schülerin hat das sehr schön auf den Punkt gebracht, das konnte man in den „Nürnberger Nachrichten“ lesen. Sie sagte: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ Für die 19-jährige Mira gehört es zu einem vernünftigen Leben, ihren Standpunkt zu verteidigen, auch wenn das Probleme mit sich bringen kann. Allen Unkenrufen zum Trotz, unsere Jugendlichen seien unpolitisch, die Gewalt nehme immer zu, und sie seien eigentlich nur an Markenkleidern interessiert, müssen wir nun zur Kenntnis nehmen, dass es genau diese Generation ist, die nicht unpolitisch ist, die das Bild der Demonstrationen gegen den Krieg prägt. Eigentlich könnten wir wirklich stolz auf diese Jugendlichen sein,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

und wir könnten auch stolz auf die Arbeit der Lehrkräfte und der Eltern sein, denen es in jahrelanger Arbeit offensichtlich gelungen ist, die Jugendlichen so zu erziehen, wie wir das für eine humane Gesellschaft für richtig halten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das Problem an der ganzen Sache ist – und da können wir so viel Sozialkundeunterricht fordern und so viele Projekte machen, wie wir wollen –: Wie geht die Staatsregierung mit diesen Jugendlichen um? – Die Jugendlichen wissen genau, dass wir immer darüber jammern: Ihr wisst zu wenig, ihr interessiert euch nicht. Jetzt interessieren sie sich, sie informieren sich – Herr Freller sitzt da irgendwo, er hört mir nicht zu, aber körperlich ist er da – –

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Pfaffmann?

Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerne.

Pfaffmann (SPD): Frau Kollegin Münzel, würden Sie Herrn Staatssekretär Freller einmal fragen, wie er das sieht, dass beim Schulstreik in Nürnberg, den Sie angesprochen haben, 80 Schulverweise ausgesprochen wurden, alle 80 in staatlichen Schulen, kein einziger Verweis in städtischen Schulen, und würden Sie ihn fragen, wie er es sieht, dass staatliche Schulen teilweise die Polizei gerufen haben, um Schüler an der Teilnahme an den Demonstrationen zu hindern, und dass teilweise Schulen abgesperrt wurden?

Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege Pfaffmann, ich würde das Herrn Freller sehr gerne fragen. Ich denke, er hat die Frage mitgekriegt, und ich möchte ihn bitten, dass er dann dazu Stellung nimmt.

Das Kultusministerium sagt also – und das haben Sie auch gestern getan, Herr Staatssekretär –, die Schülerinnen und Schüler hätten ja nachmittags demonstrieren

können; damit wäre ihr Recht auf Meinungsfreiheit auch abgedeckt worden.

(Gartzke (SPD): Ein guter Spaß!)

Ja sicher, das hätten sie. Aber ich finde, unsere Schülerinnen und Schüler haben sich auch da als sehr lebens-tüchtig erwiesen, indem sie nämlich ganz genau nachgedacht haben und strategisch vorgegangen sind. Sie haben sich überlegt: Wie können wir unseren Protest am effektivsten darstellen? Sie haben eine Form des Protestes gewählt, den nur sie, die Schülerinnen und Schüler, wählen können. Sie haben eine Möglichkeit in der breiten Palette der Protestmöglichkeiten genutzt, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen, die sonst keine andere Bevölkerungsgruppe hat, nämlich den Schulstreik.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit keiner anderen Strategie – das muss man wirklich anerkennen, Herr Staatssekretär – wäre es den Schülerinnen und Schüler gelungen, so viel Aufmerksamkeit auf sich selber und auf ihr Anliegen zu lenken. Das haben sie wirklich sehr, sehr gut gemacht – finde ich jedenfalls.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zur Legitimität: Sicherlich, der Schulstreik ist nicht in der Schulordnung vorgesehen. Der Streik ist normalerweise ein Mittel, mit dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer versuchen, bessere Arbeitsbedingungen, bessere Löhne zu erkämpfen. Wenn das ein legitimes Mittel ist, um bessere Arbeitsbedingungen und bessere Löhne zu erkämpfen, dann ist es doch auch ein legitimes Mittel, wenn es um die elementare Frage von Krieg oder Frieden geht, selbst wenn es nicht in der Schulordnung steht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe am Anfang gesagt, Herr Dr. Waschler, Zivilcourage ist es doch, was auch wir wollen, dass die jungen Leute mutig sind, wenn sie Unrecht erkennen, dass sie aufstehen und sagen: Es ist mir egal, ob Sanktionen kommen oder nicht, ich muss etwas dagegen tun, ich muss etwas dagegen sagen, ich muss dagegen protestieren. Ich habe höchsten Respekt vor denen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich würde sagen: Statt Verweisen müssten wir denen einen Preis für Zivilcourage überreichen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Schülerinnen und Schüler wissen, dass sie von der politischen Seite diesen Preis wahrscheinlich nicht bekommen können, und sie betrachten zum Teil diese Verweise selbst als Preise für Zivilcourage,

(Gartzke (SPD): Als Ehrenurkunde!)

indem sie sie stolz vorzeigen und zu den anderen sagen: „Was, Du hast keinen Verweis? Dann bist du wohl ein Feigling.“

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Obwohl wir eine junge Generation haben, die von hohem politischen Bewusstsein geprägt ist, ändert das natürlich nichts an der Tatsache, dass die politische Bildung an unseren Schulen ein Schattendasein führt. Kollege Odenbach hat es für die verschiedenen Schularten und Schulstufen dargelegt. Der Unterricht ist mit Sozialkunde so mager ausgestattet, dass eine Gruppe, die normalerweise nicht nach mehr Unterricht schreit, nämlich die Schülerinnen und Schüler, uns vor geraumer Zeit eine Petition überreicht hat, in der sie mehr Stunden Sozialkundeunterricht gefordert hat. Das muss man sich einmal vorstellen! Das zeigt doch mehr als deutlich, wie die Betroffenen, die gerne mehr erfahren würden, gerne mehr wissen würden, gerne mehr handeln würden, das selber empfinden. Schülerinnen und Schüler setzen sich für mehr Unterricht ein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch ein viel größeres Manko als die mangelnde Anzahl von Unterrichtsstunden ist die mangelnde politische Beteiligung an einem demokratischen Verfahren von Schülerinnen und Schülern, allerdings auch von Lehrkräften und den Eltern. Über Demokratie Bescheid wissen, die Institutionen kennen, die Abläufe kennen –, das ist wichtig, aber das ist viel zu wenig. Schülerinnen und Schüler müssen an ihrer Schule demokratisch beteiligt werden.

Sie müssen bei den Entscheidungen einbezogen werden. Wir müssen uns von dem Bild von Bildung und Erziehung verabschieden, das Schülerinnen und Schüler als Objekte der Bildung und Erziehung darstellt. Sie sind Subjekte, und sie müssen am Prozess aktiv beteiligt werden.

Inzwischen ist zwar das Schulforum paritätisch besetzt. Das ist ein erster Schritt und besser als nichts. Sie haben die Befugnisse des Schulforums aber nicht erweitert, sondern es bleibt alles beim Alten. Richtige und wesentliche Entscheidungen können weder die Lehrkräfte noch die Eltern noch die Schülerinnen und Schüler im demokratischen Verfahren treffen.

Ich finde es auch bedauerlich, dass es der Landtag versäumt hat, ein Projekt zu beschließen, das die GRÜNEN vorgeschlagen haben.

(Lachen des Abgeordneten Sibler (CSU))

– Herr Kollege Sibler, Sie lachen. Sie wissen, dass es sich um die Junior-Wahl handelt.

(Sibler (CSU): Ich sage noch etwas dazu!)

– Ich finde es schön, dass Sie dazu etwas sagen wollen. Die Junior-Wahl wäre ein hervorragendes Instrumenta-

rium gewesen, die Schülerinnen und Schüler mit demokratischen Prozessen und einer demokratischen Wahl vertraut zu machen.

Ich will für diejenigen, die sich unter dem Begriff nichts vorstellen können, die Junior-Wahl erklären. Es handelt sich um eine simulierte Wahl. Die Schülerinnen und Schüler sollen am 21. September 2003, an dem Datum, an dem der Landtag gewählt wird, online abstimmen können. Es handelt sich aber nicht nur um den Abstimmungsprozess, sondern die Wahl wird in der Schule vorbereitet. Es wird über das Wahlsystem geredet und Wissen vermittelt. Außerdem beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler mit den Programmen der unterschiedlichen Parteien und lernen die Kandidaten kennen. Sie nehmen an dem Wahlkampf insoweit teil, als sie beobachten, was welche Partei zu welchem Thema aussagt, wie sie sich selbst positionieren und am Wahltag abstimmen würden. Für die Jugendlichen wäre es interessant zu erfahren, wie Gleichaltrige im Vergleich zur erwachsenen Bevölkerung abstimmen.

Auf diesem Gebiet muss sich in den nächsten Jahren in Bayern noch sehr sehr viel bewegen. Ich will das gar nicht an der Zahl der Unterrichtsstunden festmachen. Das ist auch wichtig, ist aber gar nicht so sehr mein vorrangiges Interesse, sondern das ist die demokratische Beteiligung von Schülerinnen und Schülern. Wenn es schon nicht mehr Unterrichtsstunden gibt, sollen wenigstens attraktive Projekte angeboten werden, mit denen die Schülerinnen und Schüler zu Beteiligten gemacht werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Sibler.

Sibler (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich komme zunächst zum Antrag zurück, der zur Abstimmung vorliegt. Wir sind uns alle darin einig, dass die politische Bildung in der Schule stattzufinden hat.

(Frau Radermacher (SPD): Da haben wir aber Glück!)

Gerade in den letzten Jahren und Monaten haben wir in Bayern schon eine Menge auf den Weg gebracht. Exemplarisch darf ich den Sozialkundeunterricht in der 11. Klasse des Gymnasiums nennen. Die Unterrichtszeit wurde auf zwei Stunden ausgeweitet mit dem Ziel, dem Grundkurs Sozialkunde eine bessere Perspektive zu geben. Ich weise darauf hin, dass die Diskussion im Bayerischen Landtag über die Studentafeln gezeigt hat, dass die zweistündige Unterrichtsdauer der ein- und eineinhalbstündigen vorzuziehen ist. Dieser Schritt wurde bereits vollzogen. Bei der Forderung, an den Gymnasien die Sozialkunde früher anzubieten, übersieht man, dass an den Berufsschulen Sozialkunde ein Pflichtfach ist. Kein Schüler kann also ohne Sozialkunde ins Berufsleben starten.

Nun komme ich auf die Forderungen unter den verschiedenen Spiegelstrichen des Antrags zu sprechen: Die Erhöhung des Anteils der politischen Bildung an den Lehrplänen wurde bereits durchgeführt, ebenso die stärkere Verankerung in den Stundentafeln. Die Überprüfung der bestehenden Lehrpläne findet zur Zeit statt. Jede Erhöhung des Anteils des Sozialkundeunterrichts, von der Kollege Odenbach gesprochen hat, setzt die Streichung in anderen Fächern voraus. Bisher wurde nur von der Fülle der Lehrpläne gesprochen, niemand hat sich generell über den Mangel an Inhalten beschwert. Wer Ausweitungen auf der einen Seite fordert, müsste auch sagen, wo er auf der anderen Seite einsparen möchte.

Frau Kollegin Münzel ist auf den Antrag der GRÜNEN zur Junior-Wahl eingegangen. Dazu hat die CSU einen eigenen Antrag nachgereicht. Wir haben uns nicht darauf beschränkt, den Vorschlag der GRÜNEN abzulehnen, sondern haben konstruktiv dargelegt, dass wir die Selbsttätigkeit der Schülerinnen und Schüler haben wollen. Allerdings haben wir das Instrumentarium Junior-Wahl abgelehnt, weil es die Besonderheiten des bayerischen Landeswahlrechts nicht adäquat berücksichtigt hat. Wir wollen die Selbsttätigkeit, und wir fordern die Lehrkräfte auf, diese Anregung aufzugreifen. Meines Wissens tun sie das in vermehrtem Maße.

Nun einige Sätze zum Irak. Entscheidend ist, dass solche Demonstrationen nicht mit einem Streik verbunden sein müssen. Sie hätten gut und gerne auch außerhalb der Unterrichtszeit organisiert werden können. In einigen Fällen wurden solche Demonstrationen sogar am Samstag Nachmittag organisiert und wurden Unterschriften gesammelt, die dann sofort nach Berlin gefahren wurden, um sie den zuständigen Damen und Herren zu übergeben.

Die Attentate am 11. September 2001 in New York sind heute im Bayerischen Landtag nicht thematisiert worden. Schon damals haben die Schülerinnen und Schüler mit den Lehrkräften nicht nur im Sozialkundeunterricht dieses Thema erörtert, sondern auch im Religions-, Deutsch- und selbstverständlich im Geschichtsunterricht. Die fächerübergreifende Behandlung eines Themas haben wir in den letzten Jahren stets als wichtig hervorgehoben und betont.

Ein letzter Satz zu den Beteiligungsformen: Es wurde das Schulforum erwähnt. Es wird mit Leben erfüllt werden. Die CSU hat an dem Kongress „Basis 03“ teilgenommen, in dem es um die Rechte der Schülerinnen und Schüler ging. Staatssekretär Freller war anwesend und hat, ähnlich wie die anderen Parlamentarier der CSU-Fraktion, den jungen Leuten Gesprächsmöglichkeiten angeboten.

Ich habe dargelegt, warum die CSU den Antrag ablehnen wird. Die meisten seiner Inhalte sind in Arbeit oder bereits umgesetzt worden. Anträgen, die überholt sind, muss nicht zugestimmt werden. Die CSU wird diesen Antrag erneut ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Staatssekretär Freller.

Staatssekretär Freller (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich möchte die Aussagen von Herrn Abgeordneten Odenbach und von Frau Abgeordneter Münzel nicht unwidersprochen lassen.

Meine Damen und Herren, auf das Thema Krieg und Frieden, das von den jungen Menschen intensiv diskutiert wird, ist in der Tat in den Schulen sensibel einzugehen. Junge Menschen sind, wie Erwachsene auch, betroffen gewesen vom Kriegsbeginn. Ich habe Verständnis, dass junge Menschen viele Fragen haben und ihre Gefühle und Betroffenheit zum Ausdruck bringen wollen. Dass eine Demonstration in der Demokratie ein vernünftiger und guter Weg ist, um Gefühle, Wünsche, Hoffnungen, Erwartungen und Forderungen zum Ausdruck zu bringen, wird kein Demokrat verneinen.

(Wahnschaffe (SPD): Das ist ein Verfassungsrecht!)

– In Ordnung. Demonstration ist ein völlig legitimes Mittel in der Demokratie, Anliegen zum Ausdruck zu bringen. Wahrscheinlich hat jeder von uns bereits bei Demonstrationen mitgemacht und dort zum Ausdruck gebracht, was ihm missfällt oder gefällt an dieser Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, ich sage unmissverständlich, dass niemand etwas dagegen sagen wird, wenn ein junger Mensch bei einer Demonstration mitgeht und dort seinen Gefühlen Ausdruck verleiht.

(Pffmann (SPD): Das wäre ja noch schöner!)

– Das ist gar keine Frage, Herr Pffmann.

Der Streit entzündet sich aber an einer anderen Frage. Gesellschaftliche Anlässe, für die es sich zu demonstrieren lohnt, dürfen nicht dazu führen, dass wir die Verantwortung der Schule, den Unterricht zu garantieren, außer Kraft setzen.

(Beifall bei der CSU)

Es kann nicht angehen, dass die Schulpflicht nicht mehr gilt, auch wenn der Anlass noch so wichtig ist, für den man demonstrieren will.

Auch der Krieg im Irak setzt die Schulpflicht in Bayern nicht außer Kraft.

(Beifall bei der CSU)

Es tut mir leid, wenn ich dies in dieser Klarheit formulieren muss, aber es ist so. Es kann nicht einfach und willkürlich darüber diskutiert werden, ob plötzlich keine Schule mehr stattfindet, weil ein Anlass in der Welt entsteht und junge Menschen verständlicherweise auf die Straße gehen wollen. Dem stehen Schulzeit und Schulpflicht entgegen. Ich habe mit vielen jungen Leuten darüber diskutiert, und etliche haben eingeräumt, es sei in der Tat glaubwürdiger, dann auf die Straße zu gehen und

für den Frieden zu demonstrieren, wenn es nicht mit dem Fernbleiben vom Unterricht in Verbindung gesetzt wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe mit einer ganzen Reihe junger Leute gesprochen, auch mit meinen Kindern im Alter von 15, 17 und 19 Jahren, also dem betroffenen Personenkreis. Ich habe auch mit ihnen diskutiert, und sie alle haben letztlich eingeräumt, dass es eigentlich glaubwürdiger ist, wenn jemand am Nachmittag für den Frieden demonstriert und nicht unentschuldig dem Unterricht fernbleibt.

(Beifall bei der CSU)

Zwei Feststellungen möchte ich noch einbringen. Erstens haben wir im Zusammenhang mit politischer Bildung klar gesagt, es sei wichtig, dass unsere Schulen das Thema „Krieg und Frieden“ und alles, was damit zusammenhängt, aufgreifen. Dort ist der richtige Ort, wo man im Rahmen politischer Bildung dieses Thema aufnehmen und mit den jungen Leuten diskutieren soll.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage? –

Staatssekretär Freller (Kultusministerium): In diesen Tagen des Kriegsbeginns sind etliche Schulen – da möchte ich den Schulleitern und den betroffenen Lehrern eine große Anerkennung aussprechen – dazu übergegangen, in sehr vernünftigen Veranstaltungen mit ihren Schülern das Thema zu diskutieren bzw. emotional aufzufangen. Es gab eine ganze Reihe von Gottesdiensten, von Andachten und von Diskussionen in den Schulen, hervorragend und bestens durchgeführt; das ist für mich im besten Sinne des Wortes politische Bildung in der Schule. Das kann ich nur befürworten.

Die Ministerin hat eigens schon vor Beginn des Krieges in einem Brief an die Schulen gesagt, sie wünsche, dass an den Schulen das Thema „Krieg und Frieden“ artikuliert werde. Das ist der richtige Weg und der richtige Platz, wo man die Gefühle, Fragen, Sorgen und Ängste von Kindern und Jugendlichen entsprechend aufnimmt. Dafür ist die Schule da, dafür ist der Raum da, und diesen Raum haben unsere Schulen den Schülern gegeben. Dafür verdienen sie Lob, keine Schelte von Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Wir können die Schulpflicht nicht von vornherein generell aufheben, wenn am Vormittag demonstriert wird. Aber es ist in das Ermessen der Schulleitung gestellt, wie sie verfährt, wenn ein Schüler unentschuldig dem Unterricht fernbleibt. Das kann in der Tat sehr unterschiedlich ausfallen. Aber der Schulleiter und der Lehrer kennt seine Schüler weitaus besser als wir.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie selbst haben zehn Jahre lang mehr Verantwortung für die Schulleiter eingefordert, Sie wollen, dass vor Ort entschieden wird.

(Frau Radermacher (SPD): Das ist doch Schwachsinn!)

– Liebe Frau Radermacher, Sie waren selber Vorsitzende des Ausschusses, in dem immer wieder mehr Eigenverantwortung, Selbstständigkeit und Entscheidungsbefugnis der Schulleiter reklamiert wurde. Heute geben wir diese Entscheidungsbefugnis den Schulleitern – und Ihnen passt es wieder nicht. Es kann doch nicht sein, dass Schulleiter nur dann entscheiden sollen, wenn Ihnen die Entscheidung passt, und dass sie nicht entscheiden dürfen, wenn Ihnen die Entscheidungen nicht passen. Das kann nicht sein, das ist eine verkehrte Welt.

(Beifall bei der CSU – Frau Radermacher (SPD): Das stimmt doch nicht! – Zuruf der Frau Abgeordneten Marianne Schieder (SPD))

– Liebe Frau Schieder, ich rege mich an der Stelle aus folgenden Gründen auf. Wir haben an unseren Schulen Schulleiter, Direktoren, Oberstudienrektoren, die mit dem Thema wirklich sehr verantwortungsbewusst umgehen und die genau wissen, wie sie reagieren, wenn ein Schüler dem Unterricht unentschuldig fernbleibt. Das kann in der Tat verschiedene Reaktionen auslösen. Wenn zum Beispiel eine religiös motivierte Gruppe in der Betroffenheit des ersten Kriegstages mitdemonstriert, würde ich als Schulleiter völlig anders reagieren als bei Schülern, die schon wiederholt auffielen, weil sie dem Unterricht generell gerne fernbleiben. Da ist ein himmelweiter Unterschied. Das muss man vor Ort entscheiden lassen, und der Schulleiter muss selber sehen, was er macht, ob er die Eltern benachrichtigt, ob er lieber die Zeit nacharbeiten lässt oder aber sagt: Beweist bitte auch eure Friedensfähigkeiten, indem ihr einige Stunden in einem Altenheim aushelft. Das ist die Aufgabe eines Schulleiters; dorthin haben wir sie delegiert. Dort ist diese Aufgabe richtig angesiedelt. Es ist für mich ein Teil politischer Bildung, dass derjenige entscheidet, der die pädagogische Verantwortung für die Schüler trägt.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen, sind wir in Bayern den richtigen Weg gegangen. Das Kultusministerium hat nicht gefordert, dass Verweise ausgeteilt und Schulstrafen ausgesprochen werden. Wir haben drei Dinge gesagt: Erstens, die Sorgen, Fragen und Nöte der Schüler sind ernst zu nehmen und im Unterricht in der Schule aufzuarbeiten; das ist wichtig und richtig. Zweitens haben wir gesagt, dass kein Anlass von der Schulpflicht entbinden könne, und drittens entscheidet der Schulleiter selber, wie er damit umgeht, wenn ein Schüler dem Unterricht fernbleibt. Es stünde auch Ihnen besser an, wenn Sie mit den Organisatoren der verschiedenen Demonstrationen sprächen, damit diese auf 13.00 Uhr oder 15.00 Uhr gelegt würden. Das wäre der Glaubwürdigkeit dienlicher, weil dieser Streit niemandem hilft, erst recht nicht den Schülern.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Dr. Schuhmann.

Dr. Schuhmann (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zugrunde liegt der Antrag: Verstärkung der politischen Bildung. Den Abschlusssatz von Herrn Kollegen Odenbach, dass es offensichtlich auch bei führenden Leuten noch an politischer Bildung mangle, kann ich nur unterstreichen.

Überall gilt der Grundsatz, – auch im Juristischen –, dass außergewöhnliche Situationen außergewöhnliche Maßnahmen erfordern. Dass sich die Staatsregierung bei „außergewöhnlichen Maßnahmen“ fast immer nur auf den Justamentsstandpunkt stellt, ist an politischer Bildung auch in diesem Land einfach zu wenig.

(Frau Radermacher (SPD): Genau das ist es!)

Herr Staatssekretär, wir verkennen nicht, dass Sie hier im Hinblick auf das Recht der Schulleiter auch positiv eingewirkt haben. Aber das Eigenartige ist – wir kennen uns nun schon einige Jahre –, dass Herr Freller immer dann laut wird, wenn er selber merkt, dass er auf schwachem Boden steht. Wenn Herr Freller über das Ziel hinausging, bezichtigt er uns, wir würden praktisch die Schüler kritisieren, die außerhalb des Unterrichts protestierten.

(Beifall bei der SPD)

Die Schüler, die es auf sich nehmen, außerhalb des Unterrichts zu demonstrieren – dafür gibt es in ganz Bayern einige sehr positive Beispiele –, haben meinen vollen Respekt, weil sie wirklich das Politische vom Event trennen. Ich nehme das ausgesprochen ernst.

Aber, lieber Herr Staatssekretär, so kann es nicht sein, dass wir uns nur darauf beschränken; denn unser Antrag ist der Beweis dafür, dass in neun Jahren Gymnasium ein Schüler, der nicht gerade in der Kollegstufe den Grund- oder Leistungskurs Sozialkunde belegt, nur zwei Wochenstunden politische Bildung hat. Bei mehr Sozialkunde könnte man bereits im Vorfeld über die Dinge ganz anders aufklären, was gerade in so außergewöhnlichen Situationen notwendig ist. Deshalb bitte ich um Zustimmung zur Verstärkung der politischen Bildung in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Pfaffmann.

Pfaffmann (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, weil ich es unerträglich finde, mit welcher Arroganz hier der Staatssekretär auf die Schüler schimpft, die ein demokratisches Grundrecht wahrgenommen haben. Herr Staatssekretär, Sie beschimpfen im Grund nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern auch die Landesschülervertretung, den Bayerischen Jugendring, die Kreisjugendringe, und das finde ich einen unerhörten Vorgang.

Auf der einen Seite beschwören Sie hier, fast mit Schaum vor dem Mund, das demokratische Recht der jungen Leute auf Demonstration. Wenn Sie dieses Recht

dann aber wahrnehmen, hauen Sie mit dem Knüppel drauf. Das ist in diesem Hause wirklich erwähnenswert.

(Zahlreiche Zurufe von der SPD – Unruhe)

Sie sollten sich an die Seite der Schülerinnen und Schüler stellen, wenn sie gegen Krieg demonstrieren, und nicht gegen sie.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Genau wie Ihre Parteiführung haben Sie zu dieser Frage keine Haltung.

(Zahlreiche Zurufe von der CSU – Anhaltende Unruhe)

Ich sage es noch einmal: Stellen Sie sich an die Seite der Schülerinnen und Schüler bei deren Protest gegen diesen völkerrechtswidrigen Krieg. Das wäre Ihre Aufgabe in diesem Hause, meine Damen und Herren von der CSU.

(Beifall bei der SPD – Lebhaftige Zurufe von der CSU)

Sie werfen uns vor, wir würden die Schüler schelten. Einen solchen Unsinn habe ich überhaupt noch nicht gehört.

(Anhaltende Unruhe)

Wir unterstützen deren demokratische Rechte wirklich, während Sie das nur verbal in diesem Hause tun.

(Zuruf des Abgeordneten Gabsteiger (CSU))

In staatlichen Schulen in Nürnberg gab es 80 Verweise, die Sie nicht zurücknehmen wollen; das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU – Anhaltende Unruhe)

Herr Staatssekretär, die entscheidende Frage ist: Sind Sie der Meinung, dass diese Verweise zurückgenommen werden müssen, oder nicht?

(Zahlreiche Zurufe von der CSU: Nein! – Hofmann (CSU): Das ist die Entscheidung der Schulleiter!)

Das ganze Gequatsche hier am Tisch über das demokratische Recht der Schülerinnen und Schüler zu demonstrieren, führen Sie in diesem Hause ad absurdum.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollten den Schulleitern empfehlen, von Verweisen abzusehen; das wäre eine Stärkung der demokratischen Rechte der Schüler. Sie sollten nicht einfach alles akzeptieren, was draußen gemacht wird. Wissen Sie überhaupt, dass die Schuldirektoren die Polizei geholt haben,

um Schülerinnen und Schüler in Nürnberg am Demonstrieren zu hindern?

(Zahlreiche Zurufe von der CSU)

Wäre es denn nicht besser, diesen Unsinn zu beenden, anstatt mit blumigen Worten das demokratische Recht auf Demonstrationen zu verteidigen? – Sie bieten hier ein jämmerliches Bild, wenn es darum geht, junge Leute in ihrem Demonstrationsrecht zu unterstützen.

(Anhaltende Unruhe)

Offensichtlich haben Sie dabei volle Unterstützung in diesem Hause. Das ist noch schlimmer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Die Aussprache ist geschlossen. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung, die in namentlicher Form erfolgen soll. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt: die Ja-Urne auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne auf der Seite der CSU-Fraktion, die Urne für Stimmenthaltungen auf dem Stenografentisch. Mit der Abstimmung kann begonnen werden. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 12.03 bis 12.08 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Mir wurde mitgeteilt, dass in Absprache der Fraktionen die Tagesordnungspunkte 11 bis 20 auf die nächste Plenarsitzung verschoben werden. Ich rufe deshalb auf:

Tagesordnungspunkt 22

Antrag der Abgeordneten Mehrlich, Schmitt-Bussinger und anderer (SPD)

Umsetzung von Landtagsbeschlüssen im Abwasserbereich (Drucksache 14/11003)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Mehrlich.

Mehrlich (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Umweltausschuss und auch im Kommunalausschuss mehren sich die Beschwerden darüber und die Petitionen dazu, dass in Sachen Abwasser Landtagsbeschlüsse, insbesondere aus dem Jahr 1996, aber auch aus vorhergehenden Perioden, nicht realisiert und von den Wasserwirtschaftsbehörden bei der Genehmigung von Abwasserbeseitigungsanlagen bzw. Abwasserreinigungsanlagen nicht hinreichend berücksichtigt werden. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, der fordert, dass endlich Beschlüsse im Abwasserbereich vollzogen werden. Die Wasserwirt-

schaftsbehörden sind oft Verbündete der Landratsämter als Genehmigungsbehörden und weigern sich, entsprechende Beschlüsse zu vollziehen.

Das kann man auch daran sehen, dass es in Bayern immer noch beschämend wenige Kläranlagen in kommunaler Zuständigkeit gibt, die das Wasser mit Hilfe von natürlichen Vorgängen – Wurzelraumverfahren, Pflanzenkläranlagen – reinigen. Es reichen die zehn Finger unserer beiden Hände aus, um diese Kläranlagen in kommunaler Trägerschaft in Bayern zu zählen.

Mittlerweile gibt es Bürgerbegehren und sogar einen Bürgerentscheid in Sulzdorf an der Lederhecke im Landkreis Rhön-Grabfeld, wo sich die Bevölkerung im Rahmen der Bundestagswahl für eine dezentrale und natürliche Abwasserreinigung eingesetzt hat.

Es gab auch eine Petition im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, die der Staatsregierung mit verschiedenen Auflagen einstimmig zur Würdigung überwiesen worden ist. Darin steht, dass, wie gesetzlich vorgesehen, alle ein Jahr lang an den Bürgerentscheid gebunden sind und dass die Genehmigungs- und Fachbehörden gehalten sind, die Gemeinde bei ihrem Plan zu unterstützen, eine natürliche Kläranlage zu errichten.

Vor einigen Tagen wurde mit dem Bau begonnen. Aber kaum hatte man mit den Vorbereitungsarbeiten angefangen, kam die Polizei, die vom Landratsamt geschickt worden war, und die Bauarbeiten mussten eingestellt werden. So gehen die bayerischen Behörden mit Beschlüssen des Bayerischen Landtags um. So wird mit einem Bürgerentscheid in Oberessfeld im Landkreis Rhön-Grabfeld umgegangen. Ich halte das für einen Skandal.

Es wird gesagt, es liege keine Baugenehmigung für die Gesamtanlage vor. Dabei wurde nur mit den Vorarbeiten begonnen. Man hat den Eindruck, ja geradezu die Gewissheit, dass auf Zeit gesetzt wird, bis das Jahr der Bindungsfrist des Bürgerentscheids abgelaufen ist. Ein halbes Jahr ist bereits um. Die Gemeinde hat sich das nicht gefallen lassen und eine renommierte Anwaltskanzlei aus Würzburg eingeschaltet. Sie kennen Herrn Baumann, dessen Vater lange Jahre Mitglied der CSU-Landtagsfraktion war; aber dies nur nebenbei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine, so kann es nicht weitergehen. Wir können uns doch als Gesetzgeber nicht von den Behörden auf der Nase herumtanzen lassen, wenn es um den Vollzug von Landtagsbeschlüssen geht!

(Beifall bei der SPD)

Als Oppositionspolitiker stehe ich hier nicht allein. Auch Ihr Fraktionsvorsitzender Alois Glück hat schon in den Neunzigerjahren im „Münchner Merkur“ darüber geklagt, dass die Behörden den Landtag ausbremsen würden. Sie bremsen tatsächlich diesen Landtag aus. Auch Herr Kollege Walter Hofmann hat sich darüber schon beschwert.

Ein untrügliches Zeichen für Ihr schlechtes Gewissen bei der Ablehnung unseres Antrags, dass Landtagsbeschlüsse endlich umgesetzt werden sollen, ist, dass sich vier Mitglieder der CSU-Fraktion im Kommunalausschuss der Stimme enthalten haben. Ich bin jetzt seit fünf Jahren in diesem Ausschuss, aber dass sich gleich vier Mitglieder der CSU bei einem SPD-Antrag der Stimme enthalten haben, habe ich noch nicht erlebt.

Wie gesagt, ich denke, wir können uns das nicht länger bieten lassen. Wenn die Behörden sich beim Vollzug von Landtagsbeschlüssen querstellen, muss endlich die politische Spitze des zuständigen Ministeriums tätig werden und dafür sorgen, dass diese Praxis eine andere wird.

(Beifall bei der SPD)

Von Staatsminister Dr. Schnappauf kann man das aber wohl nicht verlangen, weil er in seinem eigenen Haus und in seiner eigenen Fraktion umstritten ist. Damit wird seine Schwäche deutlich. Ich will gar nicht darauf hinweisen, dass er nicht Mitglied dieses Landtags ist. Sie wissen das so gut wie ich. Es wird jedenfalls Zeit, dass eine andere Praxis greift und dass die Beschlüsse des Landtags nicht nur ernst genommen, sondern endlich auch umgesetzt werden. Die Zeit ist nicht nur reif, sie ist überreif. Appellieren Sie selbst bei Fraktionssitzungen an Ihren Staatsminister Dr. Schnappauf. Nehmen Sie ihn als CSU-Mehrheitsfraktion in die Pflicht, wenn er selbst nicht in der Lage ist, Landtagsbeschlüsse umzusetzen.

Als 1998 die Zuständigkeit für Wasser und Abwasser vom Innenministerium auf das Umweltministerium übergegangen ist, hat man gedacht, dass den natürlichen Maßnahmen – Schilfkläranlagen, Wurzelraumkläranlagen – endlich mehr Gewicht beigemessen wird. Nein, man hätte es sich denken können: Nichts ist passiert. Auch daran wird deutlich, dass Ihr Minister Dr. Schnappauf ein schwacher Mann ist, der noch nicht einmal sein eigenes Haus im Griff hat.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Frau Kollegin Paulig.

Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Den Antrag der SPD kann man in der Tat nur unterstützen; denn wir wissen, dass inzwischen Dutzende von Problemfällen aufgelaufen sind und insgesamt 3000 noch offene Förderfälle zur Entscheidung anstehen. Ich meine, man sollte jetzt endlich verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürgern vor Ort unterstützen. Selbst der Bayerische Oberste Rechnungshof kritisiert seit Jahren, dass viele Kläranlagen zu groß dimensioniert sind. Angesprochen wurden das mangelnde Kostenbewusstsein, die nicht bedarfsgerechten Planungen und die Unregelmäßigkeiten beim Bau. An vielen Orten hat man den Bau von sehr großen Kläranlagen durchgesetzt. Die dezentralen Kläranlagen, die von Bürgerinnen und Bürgern in Eigenverantwortung zur Reinigung des Wassers gebaut wurden, wurden boykottiert und verhindert. Es wurde mit einem

Anschlusszwang gearbeitet, der in vielen Fällen nicht gerechtfertigt war.

Vor diesem Hintergrund hat die CSU 1996 – wir waren erstaunt – Anträge eingebracht, die einstimmig angenommen wurden und die darauf gerichtet waren, dass sich in der Praxis vor Ort einiges ändern muss. Trotz des Engagements des Abgeordneten Hofmann – das muss man sagen – dümpeln diese Anträge jetzt vor sich hin. Immer wieder erleben wir höchst zweifelhafte Fälle.

Ich darf kurz einen Fall ansprechen, den ich im März im Rahmen der Mündlichen Anfragen ins Plenum gebracht habe. Es geht um eine selbstfinanzierte Abwasseranlage, die von einem Bürger im Ortsteil Kalkofen, Ort Schöffau, Gemeinde Uffing, eingerichtet wurde. Die Anlage war selbstfinanziert; mehrere Betriebe waren angeschlossen. Später wurde die zentrale Anlage der Gemeinde gebaut. Dem Bürger wurden die Anschlusskosten aufgebürdet. Die Bauernfamilie hat die Anschlusskosten in Höhe von circa 40 000 € zusätzlich zu der selbstfinanzierten Kläranlage bezahlt. Was passiert? – Die Gemeinde besteht weiterhin auf dem Anschluss- und Benutzungszwang, anstatt dass sie sich für eine wasserrechtliche Genehmigung und Erlaubnis für die dezentrale Anlage und die fachliche Bewertung dieser Anlage einsetzt. Man besteht auf dem Anschluss- und Benutzungszwang, obwohl sogar eine Klage beim Verfassungsgericht anhängig ist. Man fasst einen Gemeinderatsbeschluss, brummt dieser Bauernfamilie ein Zwangsgeld von 50 000 € – das ist die Höchstgrenze – auf und sperrt gleichzeitig mehrere Konten zur Pfändung. Ich muss sagen, so darf man mit Bürgerinnen und Bürgern nicht umgehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall des Abgeordneten Hofmann (CSU))

– Ich sehe Applaus bei der CSU; das freut mich. Ich wäre wirklich sehr froh, wenn wir diesen Antrag zum Anlass nehmen würden, die Dinge voranzubringen und die Problemfälle zugunsten der Umwelt und der engagierten Bürgerinnen und Bürger zu lösen, damit wir endlich einige bzw. viele dezentrale Kläranlagen haben. Wir sollten Erfahrungen bezüglich ihrer Wirkungsweise sammeln, um mit solchen Anlagen in der Fläche dazu beizutragen, dass die Gewässer ordnungsgemäß geklärt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Hofmann.

Hofmann (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem wahrscheinlich letzten Punkt kommen wir zu einem Leckerbissen bayerischer Umweltpolitik, zur Abwasserklärung. Herr Kollege Mehrlich und Frau Kollegin Paulig, ich will in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, dass ich durchaus Verständnis habe für kritische Einlassungen im Zusammenhang mit der Genehmigung naturnaher Reinigungssysteme. Für die Kolleginnen und Kollegen der CSU im Umweltausschuss darf

ich allerdings auch klarstellen, dass wir Ihrem Anliegen, Herr Kollege Mehrlich, nicht gerecht werden, indem wir einen Antrag beschließen, mit dem wir die Staatsregierung auffordern, wieder ein Schreiben an die Wasserwirtschaftsämter hinauszuschicken. Ich habe mich selbst dessen vergewissert, dass die Beschlüsse des Bayerischen Landtags den Wasserwirtschaftsämtern und den Landratsämtern inhaltlich und verbunden mit Aufforderungen bekannt gegeben worden sind.

(Frau Biedefeld (SPD): Aber nicht immer vollzogen werden!)

– Frau Kollegin, ich weiß, dass Sie mit dem Mund, ähnlich wie ich, immer sehr flott sind.

(Heiterkeit – Frau Marianne Schieder (SPD): Das stimmt! – Frau Radermacher (SPD): Aber Frau Biedefeld ist auch sonst sehr flott!)

– Das kann ich nicht beurteilen, aber ansonsten vertraue ich Ihrem Urteil.

Frau Kollegin Biedefeld, ich nehme die Sache sehr ernst. Ich kann Ihnen sagen, dass auch ich auf Hunderten von Versammlungen gegen Behörden kämpfe.

(Frau Biedefeld (SPD): Das weiß ich!)

Der von mir sehr geschätzte Umweltminister Werner Schnappauf,

(Zuruf von der SPD: Der nicht da ist!)

der uneingeschränkten Rückhalt in der CSU-Fraktion hat und der kompetent ist – –

(Oh, oh! bei der SPD – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine gewagte Aussage!)

– Ich gehöre nicht zu den unkritischen Geistern der Fraktion.

(Frau Radermacher (SPD): Gibt es die bei euch auch?)

Umweltminister Werner Schnappauf und seine Behörden haben unter anderem auch die fachlichen Urteile der Wasserwirtschaftsämter und vor allen Dingen auch die Planungshoheit der Kommunen zu respektieren.

(Frau Marianne Schieder (SPD): Wer ist denn dann der Chef von diesen Umweltbehörden?)

– Zu Ihnen komme ich auch noch, wenn Sie es wollen.

(Allgemeine Heiterkeit – Glück (CSU): Das ist ja schon fast eine Drohung!)

– Bitte kein Missverständnis!

Frau Kollegin Biedefeld, ich habe die herzliche Bitte, dass Sie einmal den abgewählten SPD-Bürgermeister von Thurnau fragen, warum dort zwei Abwasseranlagen, die auf 3 250 Einwohner ausgelegt waren – –

(Frau Biedefeld (SPD): Der ist nicht abgewählt worden, sondern nicht mehr angetreten!)

– Wir wissen schon, warum. – Fragen Sie ihn, warum dort zwei Abwasseranlagen, die auf 3250 Einwohner ausgelegt waren, auf 7000 Einwohner hochgerechnet wurden, was zur Folge hatte, dass die dortigen zwei Kläranlagen nicht mehr sanierungsfähig waren, weil sie andere Werte einzuhalten hatten, nachdem sie über 5000 Einwohnerwerte hinausgingen. Dies hatte schließlich zur Folge, dass Thurnau über eine über 12 Kilometer lange Druckleitung nach Kulmbach entwässert werden musste, und dies führte schließlich dazu, dass die Anschlusspflichtigen in Thurnau um mehr als das Doppelte belastet wurden, als wenn die eigenen Kläranlagen saniert worden wären. Insofern zitiere ich den kommunalen Prüfungsverband.

(Frau Biedefeld (SPD): Dann reden Sie doch auch mit den CSU-Bürgermeistern über diese Maßnahme!)

– Ich habe auch mit Bürgermeisterin Fischer aus Thurnau darüber diskutiert. Ich will nur sagen, dass dieses Vorgehen nicht ganz so einfach ist.

Herr Kollege Gartzke, ich habe mich einmal mit Ihnen darüber unterhalten, dass ich einige Probleme mit dem Markt Erlbach in Mittelfranken habe. Dort ist zufälligerweise ein SPD-Bürgermeister im Amt; das soll es ja auch geben. Dort sollen zwei Ortsteile mit 60 bzw. 70 Einwohnern nach einem Beschluss des Gemeinderats für 1,2 Millionen € an die kommunale Sammelentwässerung angeschlossen werden. Seitens des Freistaates Bayern wurde ein Zuschuss in Höhe von 650 000 € zugesagt. Das sind 5000 € pro Einwohner. Ich bin von der Bürgerinitiative gefragt worden, ob ich den Anschluss verhindern kann. Ich habe ihr gesagt, wenn ich ihn verhindern kann, werde ich ihn verhindern, denn diese Kosten sind meiner Ansicht nach nicht zumutbar.

Gott sei Dank sind wir so weit und haben jetzt sowohl technische Kleinkläranlagen als auch naturnahe Pflanzenkläranlagen, mit denen wir für 1000 bis 1200 € pro Einwohner ähnliche Reinigungsleistungen erzielen können, welche auch dem Stand der Technik entsprechen. Deshalb halte ich es nicht für vertretbar, dass man einerseits die Steuerzahler über die Zuschüsse belastet und andererseits die Anschlusspflichtigen mit über 3000 € pro Einwohner über die Beiträge und mit noch einmal 150 000 € über die Gebühren belastet.

(Beifall bei der CSU)

Nachdem das Umweltministerium auf unseren Wunsch hin im Umweltausschuss einen Bericht geben wird, werden wir einen Antrag beschließen, welcher das Ziel verfolgt, dass kommunale Sammelentwässerungsanlagen vom Freistaat Bayern dann nicht mehr finanziert werden, wenn sie je Einwohner mehr als 4000 € an Kosten verursachen. Über dieses Problem müssen wir diskutieren.

(Frau Radermacher (SPD): Wir wollen noch abstimmen!)

– Dafür Sorge ich schon, ich will nur nicht, dass noch ein anderer Tagesordnungspunkt aufgerufen wird.

Ganz entscheidend ist es, dass keine Abwasseraltlasten für künftige Generationen entstehen. Hier spielen auch die Vorflutverhältnisse und die Untergrundverhältnisse, zum Beispiel der Karst in Waischenfeld, eine große Rolle. Alles das müssen wir miteinander behandeln.

Die CSU-Fraktion hat Ihren Antrag nicht deswegen abgelehnt, weil wir glauben, es gäbe auf der unteren Ebene keinen Handlungsbedarf, sondern weil wir der Meinung sind, dieser Antrag geht die Themen viel zu kurzfristig an, welche wir im Laufe dieser Legislaturperiode noch regeln können und regeln müssen. Frau Kollegin Biedefeld, Sie kennen mich gut und können sich deshalb darauf verlassen, dass ich dafür sorgen werde, dass diese Punkte noch geregelt werden.

Frau Kollegin Schieder, können Sie sich noch daran erinnern, als wir in Reichenau einen Ortstermin hatten? Wissen Sie noch, welche Position ich damals eingenommen habe und welche Position Sie als stellvertretende Landrätin eingenommen haben?

(Frau Marianne Schieder (SPD): Das ist ein anderer Landkreis! – Kaul (CSU): Aber das gleiche Problem!)

Für die wenigen Einwohner wurde eine Lösung gewählt, die fünf Wochen Zeit mehr kostet als die Lösung, die ich vorgeschlagen habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde gerne noch mehr sagen. Frau Kollegin Radermacher, Sie würden sicher noch gerne zuhören. Die Zeit drängt aber. Wir lehnen den Antrag ab, weil wir gute Gründe dafür haben.

(Beifall bei der CSU – Frau Radermacher (SPD): Es hätte gereicht, wenn Sie nur das gesagt hätten!)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit für die Beratungen ist abgelaufen. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

(Schluss: 12.29 Uhr)

